

Dokumente zur Deutschlandpolitik

Herausgegeben für das Bundesarchiv von Michael Hollmann.
Wissenschaftliche Leitung: Helmut Altrichter, Edgar Büttner,
Bernd Faulenbach und Andreas Rödder.

VII. Reihe/Band 1

1. Oktober 1982 bis 31. Dezember 1984

Bearbeitet von Annette Mertens in Verbindung mit Angela Abmeier,
Veronika Heyde, Stephan Kieninger

Berlin/Boston: DeGruyter Oldenbourg. 2018. CIV. 992 S.
ISBN 978-3-11-057117-2

Zum Inhalt:

Die innerdeutschen Beziehungen der Jahre 1982–84 standen im Schatten der angespannten internationalen Sicherheitslage, die durch die atomare Nachrüstung der USA eine neue Zuspitzung erfuhr.

Dennoch kamen die deutsch-deutschen Gespräche unter dem neuen Bundeskanzler Helmut Kohl nicht zum Stillstand: 1983 wurden nach jahrelanger Pause die Kulturverhandlungen wieder aufgenommen. Abseits der offiziellen Kanäle handelten Franz Josef Strauß und Alexander Schalck-Golodkowski zwei Milliardenkredite aus, die der DDR aus ihrer akuten Devisennot halfen. Die DDR gewährte dafür Reiseerleichterungen und machte Zugeständnisse beim Mindestumtausch. 1983 begann der Abbau der Selbstschussanlagen an der innerdeutschen Grenze. Der geplante Besuch Honeckers in der Bundesrepublik kam jedoch noch nicht zustande.

Unterdessen wuchs die Zahl der DDR-Bürger, die in der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik und in der bundesdeutschen Botschaft in Prag Zuflucht suchten, um ihre Ausreise aus der DDR zu erzwingen.

Verzeichnis der Dokumente

- | | | | |
|---|-------------|---|----|
| 1 | 1. 10. 1982 | Bericht des Leiters der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland Bräutigam an das Bundeskanzleramt über das Gespräch mit dem Stellvertreter des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten der DDR, Nier

Bräutigam berichtet, Nier habe anlässlich der Übergabe eines Schreibens Schmidts an Honecker Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit der neuen Bundesregierung signalisiert. Voraussetzung dafür sei die Respektierung der Souveränität der DDR. Bräutigam selbst habe Kontinuität in der Deutschlandpolitik angekündigt, wobei die Bundesregierung aber auch Probleme wie die Erhöhung des Mindestumtauschs thematisieren werde. | 3 |
| 2 | 6. 10. 1982 | Bericht des Leiters der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland Bräutigam an das Bundeskanzleramt

Aufgrund von öffentlichen Äußerungen und ersten Gesprächen nach dem Regierungswechsel gibt Bräutigam seine Einschätzung wieder, wie sich die DDR gegenüber der neuen Bundesregierung verhalten werde. Finanzielle Gründe und die Stimmung in der DDR-Bevölkerung sprechen für den Ausbau der praktischen Zusammenarbeit; entscheidend und noch nicht absehbar sei jedoch die Haltung Moskaus. | 4 |
| 3 | 6. 10. 1982 | Bericht des Leiters der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland Bräutigam an das Bundeskanzleramt über das Gespräch mit dem Staatssekretär im Ministerium für Außenhandel der DDR Schalck-Golodkowski

Bräutigam berichtet aus seinem Gespräch mit Schalck-Golodkowski über Reaktionen in der DDR auf den Regierungswechsel. Das Politbüro habe sich mit den möglichen Konsequenzen für die innerdeutschen Beziehungen beschäftigt. Schalck-Golodkowski habe sich besorgt gezeigt über die Fortsetzung der ‚Besonderen Bemühungen‘ und die Kreditwürdigkeit der DDR. Bis zur Regierungserklärung der neuen Bundesregierung werde man seitens der DDR eine abwartende Haltung einnehmen. | 8 |
| 4 | 6. 10. 1982 | Vermerk des Staatssekretärs im Ministerium für Außenhandel der DDR Schalck-Golodkowski über das Gespräch mit dem Leiter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland Bräutigam

Darstellung des Gesprächs durch Schalck-Golodkowski. Zum Inhalt vgl. Nr. 3. | 11 |
| 5 | 8. 10. 1982 | Bericht des Leiters der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland Bräutigam an das Bundeskanzleramt über das Gespräch mit dem Leiter der Westabteilung des Zentralkomitees der SED Häber

Bräutigam berichtet, dass Häber in dem Gespräch die abwartende Haltung der DDR nach dem Bonner Regierungswechsel bestätigt habe. Es herrsche Unsicherheit über die Haltung der neuen Bundesregierung in grundlegenden deutschlandpolitischen Fragen. | 12 |

- | | | | |
|----|--------------|---|----|
| 6 | 15. 10. 1982 | <p>Vorlage des Ministerialrats Löwke an den Staatsminister beim Bundeskanzler, Jenninger</p> <p>Löwke berichtet über die erste Runde der Postverhandlungen. Die Postverwaltung der DDR habe eine deutliche Erhöhung der Postpauschale gefordert, BMP habe die Forderung zurückgewiesen. Löwke empfiehlt, keine öffentlichen Erklärungen über den Stand der Verhandlungen abzugeben.</p> | 15 |
| 7 | 21. 10. 1982 | <p>Vermerk des Ministerialdirektors im Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen Meichsner</p> <p>Zur Gestaltung der zukünftigen Deutschlandpolitik schlägt Meichsner vor, der Fünferkreis solle seine bisherige Tätigkeit fortsetzen, die Koordinierung der Deutschlandpolitik jedoch künftig in den Zuständigkeitsbereich des BMB fallen.</p> | 17 |
| 8 | 25. 10. 1982 | <p>Protokoll des Regierungsdirektors im Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen Gröndahl über die Sitzung mit den Delegationsleitern der Bundesrepublik Deutschland zur Koordinierung der Kontakte mit der DDR</p> <p>In der Sitzung umreißt Bundesminister Barzel die deutschlandpolitischen Ziele der neuen Bundesregierung. Bräutigam vermutet, dass die DDR aufgrund ihrer finanziell angespannten Situation sowie aufgrund ihres Interesses an einem stabilen Verhältnis zur Bundesrepublik keine Verschlechterung der deutsch-deutschen Beziehungen wünsche. Die Delegationsleiter berichten über die Sachstände in den verschiedenen Fachgesprächen.</p> | 18 |
| 9 | 26. 10. 1982 | <p>Protokoll des Ministerialdirektors Meichsner über das Koordinierungsgespräch des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen mit Staatssekretären</p> <p>Erörtert werden die Sachstände zu verschiedenen Themen der Deutschlandpolitik, besonders die geplanten Luther-Feierlichkeiten in der DDR 1983. Über eine Teilnahme des Bundespräsidenten oder des Bundeskanzlers an staatlichen Veranstaltungen soll ein Ministergespräch beim Bundeskanzler entscheiden (vgl. Nr. 26).</p> | 25 |
| 10 | 27. 10. 1982 | <p>Vermerk des Abteilungsleiters BRD im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der DDR Seidel über das Gespräch mit dem Leiter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland Bräutigam</p> <p>Seidel hält fest, dass Bräutigam ihn über die deutschlandpolitischen Beratungen der Bundesregierung unterrichtet habe. Barzel wolle stärker als sein Vorgänger Einfluss auf die Politik gegenüber der DDR nehmen. Die Bundesregierung habe u. a. Interesse an Gesprächen über die Elbeverschmutzung sowie an Verhandlungen über ein Kulturabkommen.</p> | 31 |
| 11 | 28. 10. 1982 | <p>Vermerk des Staatssekretärs im Ministerium für Außenhandel der DDR Schalck-Golodkowski über das Gespräch mit dem Unternehmer März</p> <p>Schalck-Golodkowski schildert ein Gespräch mit März über die Möglichkeiten für einen privaten Bankenkredit an die DDR in einer Größenordnung von 300 bis 500 Mio. DM. Noch zu lösen sei das Problem der Absicherung des Kredits durch die Bundesregierung.</p> | 36 |

LVIII *Verzeichnis der Dokumente*

12	5. 11. 1982	Aufzeichnung des Referats 32 C im Bundesnachrichtendienst Beschrieben wird die angespannte Stimmung in der DDR-Bevölkerung vor dem Hintergrund der zunehmend schwierigen Versorgungslage. Die innere Sicherheit sei aber trotz zunehmend offen geäußerter Verärgerung nicht gefährdet.	37
13	5. 11. 1982	Vermerk des stellvertretenden Abteilungsleiters der Bundesbank Görtz über die Besprechung mit den Bankenverbänden in Frankfurt am Main Görtz fasst ein Gespräch über die Verschuldung der DDR gegenüber der Bundesrepublik nach der neuen Vereinbarung über den Swing zusammen. Aufgrund der geltenden Regelungen für die innerdeutschen Wirtschaftsbeziehungen könne sich die Verschuldung nicht unkontrolliert entwickeln. Die Situation der Bundesrepublik sei dabei eine andere als die anderer westlicher Staaten.	39
14	9. 11. 1982	Bericht des Leiters der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland Bräutigam an das Bundeskanzleramt über das Gespräch mit dem Staatssekretär im Ministerium für Außenhandel der DDR Schalck-Golodkowski Bräutigam berichtet aus dem Gespräch, er habe, bezugnehmend auf die Regierungserklärung Kohls, Schalck-Golodkowski erläutert, dass die neue Bundesregierung den politischen Dialog fortsetzen und die praktische Zusammenarbeit weiterentwickeln wolle. Die Forderung nach einer Reduzierung der Mindestumtauschsätze habe er unterstrichen.	42
15	9. 11. 1982	Vermerk des Staatssekretärs im Ministerium für Außenhandel der DDR Schalck-Golodkowski über das Gespräch mit dem Leiter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland Bräutigam Darstellung des Gesprächs durch Schalck-Golodkowski. Zum Inhalt vgl. Nr. 14.	44
16	10. 11. 1982	Schreiben des Mitglieds des Deutschen Bundestages Bahr an den Leiter der Internationalen Abteilung des Zentralkomitees der KPdSU Falin Bahr erörtert die Möglichkeiten zur Fortführung des direkten Kontakts mit dem Generalsekretär der KPdSU („Back Channel“).	45
17	14. 11. 1982	Schreiben des ehemaligen Leiters der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland Gaus an den Bundesvorsitzenden der SPD Brandt und den Kanzlerkandidaten der SPD Vogel Gaus berichtet über ein vertrauliches Gespräch mit Honecker. SPD und SED seien an einem hochrangigen Meinungsaustausch auch nach dem Regierungswechsel interessiert.	46
18	14. 11. 1982	Protokoll des persönlichen Mitarbeiters des Generalsekretärs des Zentralkomitees der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR Honecker, Herrmann, über das Gespräch Honeckers mit Bundespräsident Carstens und dem Bundesminister des Auswärtigen Genscher in Moskau Am Rande der Trauerfeierlichkeiten für Breschnew sprechen Carstens, Genscher und Honecker über die Fortführung der Deutschlandpolitik vor dem Hintergrund der Nachrüstungsdebatte und der angespannten internationalen Situation. Im Namen Kohls unterstreicht Carstens, dass die neue Bundesregierung auf Kontinuität und Dialog Wert lege. Honecker wiederholt die Geraer Forderungen.	50

- | | | | |
|----|--------------|---|----|
| 19 | 20. 11. 1982 | <p>Protokoll des Leiters der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland Bräutigam über das Gespräch des Bundesministers für Verkehr Dollinger mit dem Minister für Verkehrswesen der DDR Arndt in Gudow</p> <p>In einem Gespräch anlässlich der Eröffnung der Nordautobahn Berlin-Hamburg sprechen Dollinger und Arndt über verschiedene verkehrspolitische Themen. Dollinger fordert u. a. die Offenhaltung des Grenzübergangs Staaken und Verbesserungen beim Eisenbahnverkehr.</p> | 55 |
| 20 | 26. 11. 1982 | <p>Vermerk des Staatssekretärs im Ministerium für Außenhandel der DDR Schalck-Golodkowski über das Gespräch mit dem Unternehmer März</p> <p>Schalck-Golodkowski hält die Ergebnisse eines Gesprächs mit März über die Einrichtung eines geheimen Gesprächskanals fest, durch den Strauß über März und Schalck-Golodkowski Kontakt zu Honecker aufnehmen könnte. Im Hinblick auf den geplanten Kredit sei erörtert worden, dass die Absicherung des Kredits durch die Verpfändung der Ansprüche der DDR aus der Transitpauschale gewährleistet werden könnte.</p> | 61 |
| 21 | 26. 11. 1982 | <p>Bericht des Leiters der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland Bräutigam an das Bundeskanzleramt über das Gespräch des Mitglieds des Präsidiums der CDU Kiep mit dem Mitglied des Politbüros des Zentralkomitees der SED Mittag</p> <p>Bräutigam berichtet von einem Gespräch zwischen Kiep und Mittag über wirtschaftspolitische Fragen. Der Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen solle zur Stabilisierung der politischen Beziehungen eingesetzt werden. Kiep habe unterstrichen, dass eine Lösung des Mindestumtauschproblems für die Bundesregierung unverzichtbar sei. Die Regierung der DDR nehme dazu eine abwartende Haltung ein.</p> | 63 |
| 22 | 29. 11. 1982 | <p>Schreiben des Bundeskanzlers Kohl an den Generalsekretär des Zentralkomitees der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR Honecker</p> <p>Kohl bekräftigt das Interesse der Bundesrepublik an guten Beziehungen zur DDR auf der Basis des Grundlagenvertrags. Er fordert eine Reduzierung der Mindestumtauschsätze und erneuert die Einladung seines Vorgängers Schmidt an Honecker zu einem Besuch in der Bundesrepublik.</p> | 67 |
| 23 | 2. 12. 1982 | <p>Vermerk des Ministerialdirigenten von Richthofen über das Gespräch des Staatsministers beim Bundeskanzler, Jenninger, mit dem Minister für Auswärtige Angelegenheiten der DDR Fischer</p> <p>Von Richthofen hält fest, Jenninger habe erklärt, die Politik der Bundesregierung beruhe auf dem Grundlagenvertrag und sei verlässlich und berechenbar. Beide Gesprächspartner hätten Interesse an einer weiteren Verbesserung der Zusammenarbeit geäußert. Fischer habe die Geraer Forderungen wiederholt und hervorgehoben, dass die Weiterentwicklung der Beziehungen an keinerlei Vorbedingungen wie die Reduzierung des Mindestumtauschsatzes gebunden sein dürfe.</p> | 69 |

LX *Verzeichnis der Dokumente*

- | | | | |
|----|--------------|--|----|
| 24 | 2. 12. 1982 | <p>Vermerk des Abteilungsleiters im Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen Plück über das Gespräch des Staatsministers beim Bundeskanzler, Jenninger, mit dem Mitglied des Politbüros des Zentralkomitees der SED Mittag</p> <p>Plück schildert, dass Jenninger und Mittag bekräftigt hätten, von deutschem Boden dürfe nie wieder Krieg ausgehen. Neben Wirtschaftsfragen seien in zukünftigen Gesprächen Umweltthemen und Verhandlungen über ein Kulturabkommen aufzugreifen.</p> | 79 |
| 25 | 7. 12. 1982 | <p>Schreiben des Generalsekretärs des Zentralkomitees der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR Honecker an den Bundeskanzler Kohl</p> <p>Honecker äußert ernste Besorgnis über die geplante Stationierung amerikanischer Nuklearraketen in Westeuropa und in der Bundesrepublik und fordert Kohl auf, seinen Einfluss für eine Reduzierung der Kernwaffen geltend zu machen.</p> | 82 |
| 26 | 8. 12. 1982 | <p>Protokoll des Leiters des Arbeitsstabs Deutschlandpolitik im Bundeskanzleramt von Richthofen über das Ministergespräch beim Bundeskanzler</p> <p>Behandelt werden vor allem die Veranstaltungen zum Lutherjahr 1983 in der DDR. Kohl und Barzel empfehlen, noch keine Entscheidung über die Teilnahme hochrangiger Vertreter der Bundesrepublik zu treffen. Es sei den Wünschen der Kirchen Rechnung zu tragen.</p> | 84 |
| 27 | 9. 12. 1982 | <p>Protokoll des Abteilungsleiters BRD im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der DDR Seidel über das Gespräch des Mitglieds des Politbüros des Zentralkomitees der SED Herrmann mit dem Kanzlerkandidaten der SPD Vogel</p> <p>Seidel hält fest, dass Vogel die Bedeutung der Kontinuität in den innerdeutschen Beziehungen betont und für den Fall einer Regierungsübernahme durch die SPD weitere Zusammenarbeit zugesagt habe. Herrmann habe die Rüstungspolitik der USA kritisiert und Bereitschaft signalisiert, Vogels Anregung aufzugreifen und Parteibeziehungen zwischen SPD und SED aufzunehmen.</p> | 87 |
| 28 | 23. 12. 1982 | <p>Vermerk des Staatssekretärs im Ministerium für Außenhandel der DDR Schalck-Golodkowski über das Telefongespräch mit dem Unternehmer März</p> <p>Schalck-Golodkowski notiert, dass März ihm mitgeteilt habe, Kohl habe gegenüber Strauß keine Einwände gegen die Gewährung eines privaten Bankkredits an die DDR geäußert. Die Abwicklung des Geschäfts solle im Januar 1983 erfolgen.</p> | 95 |
| 29 | 18. 1. 1983 | <p>Protokoll des Ministerialdirektors im Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen Meichsner über das deutschlandpolitische Koordinierungsgespräch</p> <p>Besprochen wird u. a. die angespannte innere Lage der DDR aufgrund der wirtschaftlichen Situation. Diese könne für die Bundesrepublik nützlich sein, sofern in politischen Fragen kein öffentlicher Druck aufgebaut werde. Die Gesprächsteilnehmer sind sich einig, dass das Problem der Berliner S-Bahn vorrangig gelöst werden müsse. Die Bundesrepublik sei außerdem zur Wiederaufnahme der Kulturverhandlungen bereit.</p> | 96 |

- 30 18. 1. 1983 Vermerk über das Gespräch des Staatssekretärs im Ministerium für Außenhandel der DDR Schalck-Golodkowski mit dem Unternehmer März 103
Schalck-Golodkowski hält aus dem Gespräch fest, dass seitens der Berliner Bank die Bereitschaft bestehe, in Kürze in Verhandlungen über die Gewährung eines Finanzkredits in Höhe von 500 Mio. DM mit einer Laufzeit von fünf Jahren einzutreten.
- 31 19. 1. 1983 Protokoll über das Gespräch des Generalsekretärs des Zentralkomitees der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR Honecker mit dem Minister für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR Gromyko (Auszug) 104
Gromyko berichtet über seinen Besuch in der Bundesrepublik Deutschland, bei dem er u. a. mit Kohl und Genscher sowie mit SPD-Politikern gesprochen habe. Die Beziehungen der Sowjetunion zur Bundesrepublik Deutschland würden direkt beeinflusst durch die innerdeutschen Beziehungen. Gromyko kritisiert insbesondere die Berlin-Politik der neuen Bundesregierung. Schmidt habe mit der Auflösung seiner Regierung einen großen Fehler begangen. Honecker teilt die Auffassungen Gromykos.
- 32 24. 1. 1983 Protokoll über das Telefongespräch des Generalsekretärs des Zentralkomitees der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR Honecker mit dem Bundeskanzler Kohl 110
Kohl deutet an, die Gewährung des geplanten Kredits an die Reduzierung der Mindestumtauschsätze binden zu wollen. Honecker unterstreicht die Bedeutung der Abrüstung. Er signalisiert Entgegenkommen in Fragen des Reise- und Besucherverkehrs sowie beim Kulturabkommen. Die Gespräche sollen nach der Bundestagswahl fortgesetzt werden.
- 33 25. 1. 1983 Vermerk des Staatssekretärs im Ministerium für Außenhandel der DDR Schalck-Golodkowski über das Gespräch mit dem Unternehmer März 118
Schalck-Golodkowski gibt den Bericht von März über ein Gespräch bei Kohl wieder. Demnach wolle Kohl die Reduzierung der Mindestumtauschsätze für Rentner und Jugendliche zum 1. April 1983 zur Voraussetzung für den geplanten Kredit machen.
- 34 26. 1. 1983 Information des Staatssekretärs im Ministerium für Außenhandel der DDR Schalck-Golodkowski über eine Mitteilung an den Unternehmer März 119
Die DDR will die Gespräche über den geplanten Finanzkredit nicht fortsetzen, solange vonseiten der Bundesrepublik ein Junktim zwischen dem Kredit und der Reduzierung der Mindestumtauschsätze hergestellt werde.
- 35 1. 2. 1983 Vermerk des Staatssekretärs im Ministerium für Außenhandel der DDR Schalck-Golodkowski über das Gespräch mit dem Unternehmer März 120
Schalck-Golodkowski hält fest, dass März die Bitte von Strauß übermittelt habe, die Verhandlungen über den Finanzkredit auf die Zeit nach der Bundestagswahl zu verschieben. Er selbst habe die Weitergabe vertraulicher Informationen aufseiten der Bundesrepublik kritisiert.

- 36 2. 2. 1983 Vermerk des Leiters des Arbeitsstabs Deutschlandpolitik im Bundeskanzleramt von Richthofen über das Ministergespräch beim Bundeskanzler 122
 Wesentliches Gesprächsthema ist die Berliner S-Bahn. Verhandlungen mit der DDR sollten zwischen der Bundestagswahl und der Sommerpause aufgenommen werden. Zudem wird die energie- und umweltpolitische Bedeutung der Erdgas-Versorgung von Berlin erörtert. Bezüglich des Lutherjahrs sollen der DDR die Teilnahme des Bundespräsidenten am kirchlichen Festakt sowie ein Treffen von Carstens mit Honecker in Aussicht gestellt werden.
- 37 4. 2. 1983 Schreiben des Generalsekretärs des Zentralkomitees der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR Honecker an den Bundeskanzler Kohl 131
 Honecker teilt mit, das ZK der SED, der Staatsrat und der Ministerrat der DDR befürworteten die schwedische Initiative für eine kernwaffenfreie Zone in Mitteleuropa. Er fordert die Bundesregierung auf, die Initiative ebenfalls zu unterstützen.
- 38 7. 2. 1983 Bericht des Leiters der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland Bräutigam an das Bundeskanzleramt 132
 Bräutigam erläutert ausführlich den Stand der innerdeutschen Beziehungen und hebt hervor, dass die DDR sich auch zukünftig von eigenen politischen und materiellen Interessen leiten lassen werde. Die Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen könnte zu einer zeitweiligen Verschlechterung der Beziehungen führen.
- 39 7. 2. 1983 Vermerk der Hauptabteilung IX/2 des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR 136
 Der Liedtext „Sonderzug nach Pankow“ von Udo Lindenberg wird analysiert. Das MfS kommt zu dem Ergebnis, dass die öffentliche Verbreitung dieses Textes eine Straftat darstelle, und erörtert verschiedene Strafmaßnahmen mit dem Ziel, die Verbreitung zu unterbinden.
- 40 8. 2. 1983 Bericht des Leiters der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland Bräutigam an das Bundeskanzleramt über das Gespräch mit dem Staatssekretär im Ministerium für Außenhandel der DDR Schalck-Golodkowski 139
 Bräutigam hat in einem Gespräch über die Berliner S-Bahn den Eindruck gewonnen, dass die DDR auf die Verhandlungsangebote der Bundesrepublik eingehen wolle, so dass der Weiterbetrieb der S-Bahn vorerst nicht in Gefahr sei. Beide Seiten seien sich einig in ihrer Absicht, eine einvernehmliche Lösung herbeizuführen. Entscheidend sei die Bereitschaft der Bundesregierung, zusätzliche Finanzmittel zur Verfügung zu stellen.
- 41 8. 2. 1983 Vermerk des Staatssekretärs im Ministerium für Außenhandel der DDR Schalck-Golodkowski über das Gespräch mit dem Leiter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland Bräutigam 140
 Vgl. Nr. 40. Der Vermerk Schalck-Golodkowskis befasst sich zusätzlich mit der Frage des Erdgas-Transits nach Berlin (West). Es werden Vorschläge für das weitere Vorgehen aufseiten der DDR unterbreitet.

- | | | | |
|-----|-------------|---|-----|
| 41A | 7. 2. 1983 | Anlage

Skizze einer kommerziellen Regelung der Verlegung einer Erdgasleitung über die Grenze zwischen der DDR und Berlin (West), ihrer Wartung und Unterhaltung im Grenzbereich sowie der Anwesenheit von DDR-Personal in der Messstation in Berlin (West). | 142 |
| 42 | 16. 2. 1983 | Schreiben des Bundeskanzlers Kohl an den Generalsekretär des Zentralkomitees der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR Honecker

In seiner Antwort auf das Schreiben Honeckers vom 4. Februar 1983 (Nr. 37) erläutert Kohl, warum er die schwedische Initiative einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa nicht unterstützen werde. Er schlägt Gespräche zwischen den Abrüstungsbeauftragten der Bundesrepublik Deutschland und der DDR vor. | 143 |
| 43 | 17. 2. 1983 | Vermerk des Staatssekretärs im Ministerium für Außenhandel der DDR Schalck-Golodkowski über das Gespräch mit dem Unternehmer März

Schalck-Golodkowski schildert ein Gespräch mit März, der in engem Kontakt zu Strauß stehe. März und Strauß gingen davon aus, dass der Kontakt zu Schalck-Golodkowski nach der Bundestagswahl intensiviert und der geplante Kredit an die DDR realisiert werde. Strauß sei nicht einverstanden mit der Vorgehensweise Kohls, der bereits im Telefongespräch mit Honecker über den Kredit gesprochen habe. | 145 |
| 44 | 7. 3. 1983 | Vermerk des Ministerialdirektors im Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen Meichsner

Meichsner erörtert die weitere Ausgestaltung der innerdeutschen Beziehungen. Den Ausgleich der Interessen hält er für ein besseres politisches Mittel als wirtschaftlichen Druck. Eine Änderung der bundesrepublikanischen Position zur Elbe-Grenze und zur Erfassungsstelle Salzgitter hält er für erwägenswert. Auch hochrangige Politikertreffen könnten zur Verbesserung der Beziehungen führen. | 146 |
| 45 | 10. 3. 1983 | Bericht des Leiters der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland Bräutigam an das Bundeskanzleramt

Bräutigam analysiert die Reaktion der DDR-Führung auf das Ergebnis der Bundestagswahl. Eine offizielle Stellungnahme stehe noch aus. Das Wahlergebnis habe die DDR-Regierung nicht überrascht. Sie wünsche und nehme an, dass die praktische Zusammenarbeit fortgesetzt werde. Es bleibe aber ein Rest an Unsicherheit hinsichtlich der zukünftigen Haltung der Bundesregierung in deutschlandpolitischen Grundfragen. | 154 |
| 46 | 10. 3. 1983 | Vermerk des Staatssekretärs im Ministerium für Außenhandel der DDR Schalck-Golodkowski über das Gespräch mit dem Unternehmer März in Leipzig

Schalck-Golodkowski fasst ein Gespräch mit März über den geplanten Finanzkredit an die DDR zusammen. März erwarte, dass Strauß Vizekanzler im neuen Kabinett werde. Er stehe dem Kreditvorhaben noch immer positiv gegenüber und erwarte als Gegenleistung politische Gesten der DDR zur Verbesserung der innerdeutschen Beziehungen. Strauß lege Wert auf äußerste Vertraulichkeit und sei interessiert zu erfahren, wie es aus der Umgebung Kohls zu Indiskretionen gekommen sei. | 157 |

- 47 10. 3. 1983 Protokoll des Staatssekretärs im Ministerium für Außenhandel der DDR Schalck-Golodkowski über das Telefongespräch mit dem Direktor der Bank für Kredit und Außenhandel Bahl 158
- Schalck-Golodkowski hält fest, dass Bahl ihn um Unterstützung gebeten habe. Er sei vonseiten der DDR zunächst aufgefordert worden, dafür zu sorgen, dass eine hochrangige Delegation die Leipziger Frühjahrsmesse besuche, darunter nach Möglichkeit Jenninger. Nun erhalte er jedoch aus der Ständigen Vertretung der DDR keine Antwort mehr. Bahl fürchte daher, er werde „sein Gesicht verlieren“.
- 48 13. 3. 1983 Bericht des Leiters der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland Bräutigam an das Bundeskanzleramt über den Besuch des Generalsekretärs des Zentralkomitees der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR Honecker am Stand der Mannesmann AG auf der Leipziger Frühjahrsmesse 160
- Bräutigam berichtet, Honecker habe angekündigt, noch im Jahr 1983 die Einladung in die Bundesrepublik anzunehmen. Bräutigam wertet dies als Zeichen für Honeckers Bereitschaft, die Zusammenarbeit mit der neuen Bundesregierung fortzuführen.
- 49 16. 3. 1983 Bericht des Abteilungsleiters im Außenhandelsministerium der DDR Andrä über das Gespräch mit dem Direktor der Bank für Kredit und Außenhandel Bahl 162
- Unter dem Decknamen „Rolf Anders“ berichtet Andrä über ein Gespräch mit Bahl, der in engem Kontakt mit Jenninger stehe. Beide hätten den Besuch Honeckers am Stand von Mannesmann auf der Leipziger Messe sehr positiv aufgenommen. Bahl sehe verbesserte Chancen, das Züricher Modell zur Auszahlung eines Finanzkredits an die DDR zu verwirklichen.
- 50 30. 3. 1983 Vermerk des Leiters des Arbeitsstabs Deutschlandpolitik im Bundeskanzleramt von Richthofen über das Gespräch mit dem stellvertretenden Leiter der Ständigen Vertretung der DDR Schindler 165
- Von Richthofen hält fest, dass Schindler mit einem Besuch Honeckers in Bonn im Jahr 1983 rechne. Die DDR sei bereit, bestimmte Forderungen vorläufig zurückzustellen. Er selbst habe in dem Gespräch die Bedeutung der Verbesserungen im Reiseverkehr und der Reduzierung der Mindestumtauschsätze unterstrichen. Der Umweltschutz sei ein dringliches Problem. Für das Wissenschaftsabkommen sehe Schindler keine baldige Lösung.
- 51 18. 4. 1983 Protokoll über das Telefongespräch des Generalsekretärs des Zentralkomitees der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR Honecker mit dem Bundeskanzler Kohl 169
- Nach dem Tod des Transitreisenden Burkert bei einer Grenzkontrolle drängt Kohl auf die Aufklärung der Todesumstände. Er schlägt vor, den geplanten Besuch Mittags bei ihm auf einen späteren Zeitpunkt zu verschieben. An dem geplanten Besuch Honeckers in Bonn will Kohl festhalten.

- | | | | |
|----|-------------|--|-----|
| 52 | 18. 4. 1983 | <p>Protokoll des Ministerialrats Rösch über das Gespräch des Bundesministers für Wirtschaft Graf Lambsdorff mit dem Mitglied des Politbüros des Zentralkomitees der SED Mittag</p> <p>Rösch hält fest, dass Lambsdorff nach Ausführungen zur Deutschland- und Wirtschaftspolitik der Bundesregierung Einzelaspekte der innerdeutschen Wirtschaftsbeziehungen angesprochen habe. Insgesamt bewerte er den innerdeutschen Handel als zufriedenstellend. Mittag betrachte den Grundlagenvertrag als Basis für die Weiterentwicklung der innerdeutschen Wirtschaftsbeziehungen und habe die Verlässlichkeit der DDR betont. Er habe die Bereitschaft der DDR signalisiert, die Verhandlungen über ein Kulturabkommen wieder aufzunehmen.</p> | 175 |
| 53 | 19. 4. 1983 | <p>Protokoll des Leiters des Arbeitsstabs Deutschlandpolitik im Bundeskanzleramt von Richthofen über das Gespräch des Staatsministers Jenninger mit dem Leiter der Ständigen Vertretung der DDR Moldt</p> <p>Moldt protestiert gegen die von der DDR als „Hetzkampagne“ wahrgenommenen Reaktionen in der Bundesrepublik Deutschland auf den Todesfall Burkert. Jenninger weist auf die Pressefreiheit hin und unterstreicht, die Bundesregierung werde das gerichtsmedizinische Gutachten abwarten. An einer Verschlechterung der Beziehungen sei sie nicht interessiert.</p> | 180 |
| 54 | 22. 4. 1983 | <p>Vermerk des Staatssekretärs im Ministerium für Außenhandel der DDR Schalck-Golodkowski über das Gespräch mit dem Unternehmer März</p> <p>Schalck-Golodkowski schildert ein Gespräch mit März, in dem dieser im Auftrag von Strauß bestätigt habe, dass die Ausgangslage für den Kredit unverändert sei. Strauß wolle sich persönlich mit Schalck-Golodkowski treffen. Dieser habe die Äußerungen von Strauß zum Fall Burkert sowie zur Staatsgrenze kritisiert. Die Möglichkeit eines Junktims zwischen Finanzkredit und humanitären Forderungen habe er erneut zurückgewiesen.</p> | 184 |
| 55 | 28. 4. 1983 | <p>Bericht des Leiters der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland Bräutigam an den Bundeskanzler Kohl über das Gespräch mit dem Leiter der Westabteilung des Zentralkomitees der SED Häber</p> <p>Bräutigam berichtet, dass Häber eine 16 Punkte umfassende deutschlandpolitische Erklärung von Honecker übermittelt habe. Nach dem Gespräch sei durch eine ADN-Meldung die Absage des geplanten Besuchs von Honecker in der Bundesrepublik Deutschland bekanntgegeben worden.</p> | 186 |
| 56 | 28. 4. 1983 | <p>Vermerk des Leiters der Westabteilung des Zentralkomitees der SED Häber über das Gespräch mit dem Leiter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland Bräutigam</p> <p>Vgl. Nr. 55. Häber hält zusätzlich fest, dass Bräutigam sich besorgt über die Entwicklung der innerdeutschen Beziehungen durch die „Emotionalisierung“ der Debatte um den Todesfall Burkert in der Bundesrepublik geäußert habe. Strauß vertrete in der Ostpolitik eine andere „Philosophie“ als Kohl und Genscher. Auf die Absage des geplanten Honecker-Besuchs in Bonn habe Bräutigam betroffen reagiert und die Hoffnung geäußert, dass der Besuch unter günstigeren Bedingungen nachgeholt werde.</p> | 191 |

- | | | | |
|-----|-------------|--|-----|
| 57 | 29. 4. 1983 | <p>Schreiben des Generalsekretärs des Zentralkomitees der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR Honecker an den Bundeskanzler Kohl</p> <p>Honecker lädt Kohl zur Teilnahme am zentralen staatlichen Festakt in Berlin anlässlich des 500. Geburtstages von Martin Luther sowie zum Besuch der historischen Martin-Luther-Stätten in der DDR ein.</p> | 194 |
| 58 | 30. 4. 1983 | <p>Bericht des Leiters der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland Bräutigam an das Bundeskanzleramt</p> <p>Bräutigam schildert seine Einschätzung zur Absage des Honecker-Besuchs. Er vermutet, dass die Entscheidung durch die Sowjetunion beeinflusst worden sei und dass auch Honecker selbst den Besuch für zu riskant gehalten habe, da er nicht mit einem politischen Erfolg habe rechnen können. Die Folgen der Absage für die innerdeutschen Beziehungen bewertet Bräutigam als nicht allzu gravierend.</p> | 195 |
| 59 | 5. 5. 1983 | <p>Vermerk des Staatssekretärs im Ministerium für Außenhandel der DDR Schalck-Golodkowski über das Gespräch mit dem Bayerischen Ministerpräsidenten Strauß auf Gut Spöck</p> <p>Schalck-Golodkowski schildert sein erstes persönliches Gespräch mit Strauß, in dem dieser sich als zuverlässiger und pragmatischer Gesprächspartner gegeben habe. Er wolle sich bei Kohl für die Gewährung eines Finanzkredits in Höhe von 1 Mrd. DM in zwei Tranchen ohne Junktim einsetzen. Im Gegenzug erwarte er Verbesserungen bei der Grenzabfertigung und die Reduzierung der Mindestumtauschsätze für Jugendliche und Rentner.</p> | 199 |
| 60 | 11. 5. 1983 | <p>Bericht des Leiters der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland Bräutigam an das Bundeskanzleramt über das Gespräch mit dem Abteilungsleiter BRD im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der DDR Seidel</p> <p>Bräutigam berichtet über ein Gespräch mit Seidel über verschiedene deutschlandpolitische Themen. Nach seinem Eindruck sei die DDR trotz der Absage des Honecker-Besuchs an einer Vertiefung der Zusammenarbeit grundsätzlich interessiert.</p> | 208 |
| 61 | 17. 5. 1983 | <p>Vorlage des Mitglieds des Politbüros Mittag an den Generalsekretär des Zentralkomitees der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR Honecker</p> <p>Mittag erläutert die Hintergründe der Forderungen, die in dem an die Bundesrepublik Deutschland zu richtenden Aide-mémoire erhoben werden (Nr. 61A), und bittet um Zustimmung.</p> | 211 |
| 61A | | <p>Anlage</p> <p>Aide-mémoire der DDR an die Bundesregierung: Die DDR fordert die Herausgabe von Kunstgegenständen, die durch Kriegsumstände in die Bundesrepublik Deutschland gelangt sind, an ihre rechtmäßigen Eigentümer in der DDR.</p> | 212 |

- 62 25. 5. 1983 Vermerk des Staatssekretärs im Ministerium für Außenhandel der DDR Schalck-Golodkowski über das Gespräch mit dem Bayerischen Ministerpräsidenten Strauß auf Gut Spöck 214
Schalck-Golodkowski gibt den Verlauf seines zweiten persönlichen Gesprächs mit Strauß über den Milliardenkredit wieder. Strauß habe vorgeschlagen, bei einem weiteren Treffen im Beisein Jennings die Verhandlungen zu Ende zu führen. Ohne ein Junktim herstellen zu wollen, rechne er nach Abschluss der Verhandlungen mit einer Veränderung im Grenzsicherungssystem und mit der Befreiung der Jugendlichen vom Mindestumtausch. Daneben habe Strauß einen Besuch in der DDR angekündigt.
- 63 25. 5. 1983 Mitteilung des Staatssekretärs im Ministerium für Außenhandel der DDR Schalck-Golodkowski über eine Botschaft des Generalsekretärs des Zentralkomitees der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR Honecker an den Bayerischen Ministerpräsidenten Strauß 218
Schalck-Golodkowski übermittelt Strauß eine Botschaft Honeckers, der einen Kredit fordert, der an keine Bedingungen geknüpft werde. Er hebt das bisherige Entgegenkommen der DDR im humanitären Bereich hervor und deutet die Möglichkeit an, dass die Selbstschuttsanlagen an der innerdeutschen Grenze abgebaut würden. Für den Fall erfolgreicher Kreditverhandlungen stellt er außerdem die Befreiung Jugendlicher vom Mindestumtausch sowie eine baldige Einigung über die Höhe der Postpauschale in Aussicht.
- 64 28. 5. 1983 Protokoll über das Gespräch des Vorsitzenden der SPD-Bundstagsfraktion Vogel mit dem Generalsekretär des Zentralkomitees der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR Honecker in Hubertusstock 222
Auf Schloss Hubertusstock sprechen Vogel und Honecker über die internationale Lage und den Stand der innerdeutschen Beziehungen. Honecker zeigt sich grundsätzlich verhandlungsbereit, äußert aber Zweifel, ob die Bundesregierung an dem zunächst eingeschlagenen Kurs gegenüber der DDR festhalten werde. Verschiedene Aspekte der innerdeutschen Beziehungen werden angesprochen.
- 65 4. 6. 1983 Schreiben des Ministers der Finanzen der DDR Höfner an den Bundesminister der Finanzen Stoltenberg 237
Als Sicherheit für die Ausreichung des Milliardenkredits erklärt Höfner die Bereitschaft der Regierung der DDR zur Verpfändung der Einnahmen aus der Transitpauschale im Falle einer Nichtrückzahlung.
- 66 5. 6. 1983 Vermerk des Staatssekretärs im Ministerium für Außenhandel der DDR Schalck-Golodkowski über das Gespräch mit dem Bayerischen Ministerpräsidenten Strauß und dem Staatsminister beim Bundeskanzler, Jenninger, auf Gut Spöck 238
Schalck-Golodkowski schildert das erste Zusammentreffen in dieser Konstellation, bei dem über den geplanten Milliardenkredit und den Stand der Postverhandlungen gesprochen worden sei. Strauß habe den Wunsch Kohls nach einer Reduzierung des Mindestumtauschsatzes für Rentner wiedergegeben. Er selbst habe auf den Abschluss der Postverhandlungen gedrungen und die „destruktive Haltung“ der Bundespost kritisiert.

- 67 14. 6. 1983 Protokoll des persönlichen Referenten des Mitglieds des Politbüros des Zentralkomitees der SED Mittag, Krömke, über das Gespräch Mittags mit der Niedersächsischen Ministerin für Wirtschaft und Verkehr Breuel 247
- Vor dem Hintergrund der angespannten internationalen Situation werden insbesondere die deutsch-deutschen Wirtschaftsbeziehungen besprochen. Mittag beklagt gegenüber Breuel die Unausgeglichenheit des innerdeutschen Handels sowie die Beschränkung der Exportmöglichkeiten der DDR durch die Bundesrepublik.
- 68 15. 6. 1983 Protokoll des Ministerialdirektors im Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen Meichsner über das deutschlandpolitische Koordinierungsgespräch 252
- Verschiedene Aspekte der innerdeutschen Beziehungen werden erörtert, die in eine Botschaft von Kohl an Honecker über die deutschlandpolitischen Vorstellungen und Erwartungen der Bundesregierung einfließen sollen. Bräutigam vermutet, dass auch eine erhebliche Verschlechterung des internationalen Klimas die „Routine“ der innerdeutschen Beziehungen nicht beeinträchtigen würde. Staatssekretär von Würzen prognostiziert, die DDR werde noch 1983 wirtschaftlich in eine schwierige Lage geraten.
- 69 28. 6. 1983 Protokoll des Regierungsdirektors im Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen Gröndahl über die Sitzung mit den Delegationsleitern der Bundesrepublik Deutschland zur Koordinierung der Kontakte mit der DDR 262
- Besprochen werden die deutschlandpolitischen Auswirkungen der internationalen Lage, die Situation des innerdeutschen Handels, die Arbeit der Grenzkommision sowie umweltpolitische Fragen. Besonders hinsichtlich der Verschmutzung der Elbe, der Versalzung von Werra und Weser und der Luftreinhaltung ist die Bundesregierung an einer weitergehenden Zusammenarbeit mit der DDR interessiert.
- 70 29. 6. 1983 Vermerk des Staatssekretärs im Ministerium für Außenhandel der DDR Schalck-Golodkowski über das Gespräch mit dem Leiter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland Bräutigam 269
- Schalck-Golodkowski schildert ein Gespräch mit Bräutigam über die Berliner S-Bahn. Bräutigam habe betont, dass nicht die Bundesregierung, sondern die westlichen Alliierten Verhandlungspartner seien. Die Bundesregierung sei zu einer finanziellen Beteiligung bereit, um den S-Bahn-Verkehr aufrechtzuerhalten. Bräutigam habe ein Non-paper zur S-Bahn-Frage übergeben.
- 71 29. 6. 1983 Vermerk des Staatssekretärs im Bundesministerium der Finanzen Tietmeyer 271
- Tietmeyer vermerkt, dass Kohl im Gespräch mit Bundesminister Stoltenberg erklärt habe, als politisches Signal noch vor seiner Reise nach Moskau sei die Gewährung eines Finanzkredits über 1 Mrd. DM notwendig. Auch ohne formelles Junktim könne mit Erleichterungen im innerdeutschen Reiseverkehr nach der Gewährung des Kredits gerechnet werden.

72	29. 6. 1983	<p>Kurzprotokoll über die achte Kabinettsitzung der Bundesregierung (Auszug)</p> <p>Jenninger informiert das Kabinett, dass die DDR-Führung die Bundesregierung um die Vermittlung eines Finanzkredits gebeten habe. Es bestehe ein politisches, aber kein finanzielles Risiko. Er empfiehlt die Zustimmung zu dem Kredit und zu der Bürgschaft der Bundesregierung als Beitrag zur Verbesserung der Beziehungen zur DDR. Das Kabinett stimmt zu.</p>	273
73	11. 7. 1983	<p>Vermerk des Ministerialrats im Bundeskanzleramt Löwke</p> <p>Löwke fasst den Stand der Verhandlungen mit der DDR über die neue Postpauschale zusammen und gibt einen Ausblick auf die noch bevorstehenden Verhandlungsrunden. Unter bestimmten Umständen könnte die bundesdeutsche Seite ihr Angebot erhöhen.</p>	275
74	12. 7. 1983	<p>Protokoll des Ministerialdirektors im Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen Meichsner über das deutschlandpolitische Koordinierungsgespräch</p> <p>Neben Anmerkungen Jenningers zur Reise Kohls nach Moskau und der Besprechung einiger weiterer deutschlandpolitischer Themen steht vor allem die geplante Botschaft Kohls an Honecker im Mittelpunkt des Gesprächs.</p>	278
75	15./16. 7. 1983	<p>Erklärung des Bayerischen Ministerpräsidenten Strauß zum Milliardenkredit für die DDR auf dem Parteitag der CSU in München</p> <p>Strauß stellt die Genese des Finanzkredits dar und betont seine Rolle als Vermittler des Kredits. Er hebt die Gegenleistungen der DDR hervor, z. B. bei der Grenzabfertigung, beim Post- und Fernmeldeverkehr und in Umweltfragen.</p>	284
76	24. 7. 1983	<p>Protokoll des persönlichen Mitarbeiters des Generalsekretärs des Zentralkomitees der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR Honecker, Herrmann, über das Gespräch Honeckers mit dem Bayerischen Ministerpräsidenten Strauß in Hubertusstock</p> <p>Im ersten persönlichen Gespräch zwischen Honecker und Strauß werden zunächst Perspektiven der innerdeutschen Beziehungen erörtert. Strauß spricht Erleichterungen bei der Grenzabfertigung und erweiterte Reisemöglichkeiten für DDR-Bürger sowie die Abschaffung der Selbstschussanlagen an. Honecker kritisiert die geplante Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen. Nach dem Abschluss des Milliardenkredits signalisiert er Verhandlungsbereitschaft auf mehreren Gebieten.</p>	288
76A		<p>Anlage</p> <p>Non-paper der DDR-Regierung: Sie erklärt ihre Verhandlungsbereitschaft in folgenden Angelegenheiten: Abrüstung und Rüstungsbegrenzung, Festlegung der neuen Postpauschale, Kulturabkommen, Umweltfragen, Grunderneuerung von Autobahnteilstrecken und Elektrifizierung einer Eisenbahntransitstrecke sowie Aufnahme von Beziehungen zwischen Bundestag und Volkskammer.</p>	298
76B		<p>Anlage</p> <p>Non-paper der DDR-Regierung: Sie rechtfertigt die Vorgehensweise ihrer Staatsorgane bei der Grenzabfertigung und nimmt sie gegen Vorwürfe in Schutz.</p>	301

- 77 4. 8. 1983 Aufzeichnung des Referats 32 C im Bundesnachrichtendienst 302
Nach den Beobachtungen des BND sind die ersten Reaktionen der DDR-Bevölkerung auf den Milliardenkredit überwiegend distanziert bis kritisch ausgefallen. Es herrsche „Rätselraten“ über die Motive von Strauß.
- 78 10. 8. 1983 Bericht des Leiters der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland Brütigam an das Bundeskanzleramt über das Gespräch mit dem Abteilungsleiter BRD im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der DDR Seidel 303
Brütigam berichtet, er habe deutlich gemacht, dass die Bundesregierung nach der Auszahlung des Milliardenkredits politische Gegenleistungen erwarte. Seidel habe erwidert, mit konkreten Maßnahmen zur Verbesserung des Reiseverkehrs könne vorerst nicht gerechnet werden. Die „Initiativen“, die Strauß angekündigt worden seien, würden von der DDR jedoch vorbereitet. Weitere Themen waren die Postverhandlungen sowie Kontakte zwischen dem Deutschen Bundestag und der Volkskammer der DDR.
- 79 15. 8. 1983 Mitteilung des Staatssekretärs im Ministerium für Außenhandel der DDR Schalck-Golodkowski an den Bayerischen Ministerpräsidenten Strauß 306
Schalck-Golodkowski kündigt die Befreiung der Jugendlichen vom Mindestumtausch an. Kohl und Dregger sollten darüber informiert werden, darüber hinaus sei strenge Diskretion geboten. Kohl solle außerdem über den unbefriedigenden Stand der Postverhandlungen in Kenntnis gesetzt werden.
- 80 26. 8. 1983 Schreiben des Bundeskanzlers Kohl an den Generalsekretär des Zentralkomitees der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR Honecker 307
Kohl bedankt sich für die Einladung zum Festakt zu Ehren Martin Luthers, sagt seine Teilnahme jedoch bedauernd ab.
- 81 1. 9. 1983 Vermerk des Staatssekretärs im Ministerium für Außenhandel der DDR Schalck-Golodkowski über das Gespräch mit dem Leiter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland Brütigam 308
Schalck-Golodkowski hält fest, er habe den Standpunkt der DDR zur Zukunft der Berliner S-Bahn übermittelt. Es bestehe die Bereitschaft, in konkrete Verhandlungen einzutreten. Die Westmächte legten auf eine detaillierte Verhandlungskonzeption des Senats von Berlin Wert. Einige grundsätzliche Statusfragen seien vor Beginn der Verhandlungen einvernehmlich zu klären.
- 82 5. 9. 1983 Vermerk über das Gespräch des ehemaligen Bundeskanzlers Schmidt mit dem Generalsekretär des Zentralkomitees der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR Honecker 311
Schmidt und Honecker sprechen zunächst über das Verhältnis von Staat und evangelischer Kirche in der DDR, insbesondere über oppositionelle Strömungen in der Jugend unter dem Dach der Kirche. Schmidt plädiert für Toleranz und Gelassenheit. Er drängt auf Erleichterungen im innerdeutschen Reiseverkehr. Honecker deutet an, die deutsch-deutschen Beziehungen auch unter komplizierten internationalen Umständen weiterentwickeln zu wollen, äußert sich jedoch zurückhaltend über die Einladung nach Bonn.

- | | | | |
|-----|-------------|--|-----|
| 83 | 9. 9. 1983 | <p>Protokoll des Referats 912 des Bundesministeriums für das Post- und Fernmeldewesen über die siebte Runde der Postverhandlungen</p> <p>Bei den Postverhandlungen stehen sich die Forderung der DDR in Höhe von 430 Mio. DM und das Angebot der Bundesrepublik in Höhe von 150 Mio. DM gegenüber, ohne dass sich eine Kompromisslösung abzeichnet. Die DDR orientiert sich an den international geltenden Gebührensätzen, was die Bundesrepublik ablehnt. Der bundesdeutsche Delegationsleiter Florian kritisiert die hohe Verlustquote der Sendungen.</p> | 320 |
| 84 | 15. 9. 1983 | <p>Protokoll des Ministerialdirektors im Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen Meichsner über das deutschlandpolitische Koordinierungsgespräch</p> <p>Zunächst informiert Staatssekretär von Würzen die Teilnehmer über sein Gespräch mit Minister Sölle im Rahmen der Leipziger Herbstmesse. Im innerdeutschen Handel bestehe ein erhebliches Defizit zu Lasten der DDR, die die wirtschaftlichen Beziehungen auszuweiten und zu vertiefen wünsche. Weitere Themen sind Verkehrsvorhaben, die Postverhandlungen sowie die Grenzabfertigung im innerdeutschen Reiseverkehr.</p> | 327 |
| 85 | 16. 9. 1983 | <p>Vermerk des Staatssekretärs im Ministerium für Außenhandel der DDR Schalck-Golodkowski</p> <p>Schalck-Golodkowski macht Vorschläge, welche Angebote die DDR der Bundesrepublik in weiteren informellen Gesprächen über einen neuen Milliardenkredit unterbreiten könne. Dazu gehören die Senkung der Mindestumtauschsätze sowie der Abbau der Selbstschussanlagen im gesamten Grenzverlauf.</p> | 332 |
| 85A | | <p>Anlage</p> <p>Standpunkt zu übermittelten Vorschlägen für Gegenleistungen der DDR für einen weiteren Milliardenkredit: Befürwortet werden u. a. die Halbierung des Mindestumtauschsatzes für Rentner und die Verdoppelung des Zeitlimits für Reisen von Rentnern ins westliche Ausland sowie nach Berlin (West).</p> | 332 |
| 86 | 20. 9. 1983 | <p>Protokoll des Ministerialrats im Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen Murawski über die erste Runde der Kulturverhandlungen</p> <p>In der ersten Verhandlungsrunde seit 1975 tauschen die Delegationsleiter Bräutigam und Nier grundsätzliche Positionen aus. Ein ungelöstes Problem stellt die Forderung der DDR nach Rückführung kriegsbedingt verlagertes Kulturgüter dar. Die bundesdeutsche Seite wünscht sich die Einbeziehung der Bereiche Bildung und Wissenschaft in das Kulturabkommen. Nier strebt ein Rahmenabkommen ohne zu detaillierte Regelungen an. Kommerzielle kulturelle Kontakte möchte er durch das Kulturabkommen nicht geregelt sehen.</p> | 334 |
| 86A | | <p>Anlage 1</p> <p>Sachprogramm der bundesdeutschen Verhandlungsdelegation für verschiedene Bereiche des Kulturabkommens.</p> | 341 |
| 86B | | <p>Anlage 2</p> <p>Grundsätze der DDR-Regierung für ein Kulturabkommen.</p> | 344 |

- | | | | |
|-----|--------------|--|-----|
| 87 | 20. 9. 1983 | Bericht über die Wiederaufnahme der Kulturverhandlungen
Bericht seitens der DDR-Delegation. Zum Inhalt vgl. Nr. 86. | 345 |
| 88 | 26. 9. 1983 | Vermerk des Staatssekretärs im Ministerium für Außenhandel der DDR Schalck-Golodkowski über das Gespräch mit dem Bayerischen Ministerpräsidenten Strauß in München
Schalck-Golodkowski hält fest, dass er mit Strauß mögliche Gegenleistungen der DDR für einen weiteren Milliardenkredit erörtert habe, insbesondere den Abbau der Selbstschussanlagen an der innerdeutschen Grenze. Daneben sei über die Bestimmungen zur Familienzusammenführung, die Postpauschale, die Senkung des Reisealters für Rentner sowie den Mindestumtausch gesprochen worden. | 349 |
| 88A | | Anlage
Mitteilung Honeckers an Strauß, dass die Selbstschussanlagen an der innerdeutschen Grenze demontiert würden und Strauß diese Information an die Presse weitergeben könne. Die DDR erwarte dafür weitere Verhandlungen über die Postpauschale, weitere Kreditverhandlungen und die Festlegung der Elbe-Grenze in der Strommitte. | 352 |
| 89 | 5. 10. 1983 | Schreiben des Generalsekretärs des Zentralkomitees der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR Honecker an den Bundeskanzler Kohl
Honecker erneuert seinen Appell an Kohl, die Haltung zur Stationierung nuklearer Raketen in der Bundesrepublik zu überdenken und sich im Sinne einer „Koalition der Vernunft“ für ein Abkommen zur Reduzierung der Atomwaffen einzusetzen. | 354 |
| 90 | 11. 10. 1983 | Vermerk des Staatssekretärs im Ministerium für Außenhandel der DDR Schalck-Golodkowski über das Gespräch mit dem Leiter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland Bräutigam
Schalck-Golodkowski schildert ein weiteres Gespräch mit Bräutigam über die Berliner S-Bahn. Bräutigam habe hierzu den gemeinsamen Standpunkt der Bundesregierung, des Senats von Berlin und der Besatzungsmächte erläutert. Uneinigkeit herrsche noch in der Abgrenzung der S-Bahn von der Deutschen Reichsbahn in Berlin (West). Die Verhandlungen seien bald aufzunehmen. | 356 |
| 91 | 12. 10. 1983 | Protokoll über das Gespräch des Ministers für Umweltschutz und Wasserwirtschaft der DDR Reichelt mit dem Bayerischen Ministerpräsidenten Strauß in München
Thema des Gesprächs sind zunächst die Möglichkeiten zur Reduzierung und Behebung von Waldschäden. Die DDR signalisiert Kooperationsbereitschaft. Im weiteren Verlauf des Gesprächs werden die internationale Sicherheitslage und die atomare Nachrüstung erörtert, die die Zusammenarbeit erschweren. | 359 |

- 92 24. 10. 1983 Schreiben des Bundeskanzlers Kohl an den Generalsekretär des Zentralkomitees der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR Honecker 363
In seiner Antwort auf das Schreiben Honeckers vom 5. Oktober 1983 (Nr. 89) bekräftigt Kohl gegenüber Honecker, dass von deutschem Boden nie wieder Krieg ausgehen dürfe. Die Verantwortung für einen erfolgreichen Abschluss der Genfer Abrüstungsverhandlungen liege aufseiten der Sowjetunion. Kohl appelliert an Honecker, in diesem Sinne auf die Sowjetunion einzuwirken.
- 93 25. 10. 1983 Vorlage des Ministerialrats Schnurer an den Bundesminister des Innern Zimmermann 367
Schnurer fasst die Ergebnisse eines ersten Gesprächs mit der DDR über Fragen der Sicherheit des Strahlen- und Katastrophenschutzes, insbesondere in Grenznähe, zusammen. In den Vorstellungen zur Endlagerung radioaktiver Abfälle bestünden überwiegend Gemeinsamkeiten. Die Gespräche sollten fortgesetzt werden.
- 94 28. 10. 1983 Mitteilung der Führung der DDR an den Bayerischen Ministerpräsidenten Strauß 369
Anweisung an Schalck-Golodkowski für dessen bevorstehendes Gespräch mit Strauß. Er solle die reduzierte Forderung der DDR (220 bis 230 Mio. DM) für die neue Postpauschale vorbringen. Darüber hinaus sollten Angebote für Gegenleistungen der DDR für einen weiteren Milliardenkredit skizziert werden, die sich insbesondere auf Erleichterungen im innerdeutschen Reise- und Besucherverkehr bezögen.
- 95 29. 10. 1983 Schreiben des Bayerischen Ministerpräsidenten Strauß an den Bundeskanzler Kohl 373
Strauß bemängelt, dass der Kontakt zu Kohl immer schwieriger werde. Er leitet die Mitteilung der DDR-Regierung vom 28. Oktober 1983 (Nr. 94) weiter und plädiert dafür, auf die Verhandlungsangebote einzugehen.
- 96 29. 10. 1983 Vermerk über das Telefongespräch des Bayerischen Ministerpräsidenten Strauß mit dem Bundeskanzler Kohl 374
Der stichwortartige Vermerk gibt ein Gespräch über die Mitteilung der DDR vom 28. Oktober 1983 wieder (Nr. 94). Strauß habe die Fortschritte in den Postverhandlungen hervorgehoben und betont, dass auch technische Probleme besprochen werden müssten. Die Gegenleistungen für einen weiteren Kredit gingen – vor allem im Hinblick auf Mindestumtausch und Reiseerleichterungen für Rentner – noch nicht weit genug.
- 97 1. 11. 1983 Protokoll des persönlichen Referenten des Mitglieds des Politbüros des Zentralkomitees der SED Mittag, Krömke, über das Gespräch Mittags mit dem Bundesminister der Finanzen Stoltenberg 376
Mittag und Stoltenberg sprechen über verschiedene deutschlandpolitische Themen. Nach Ausführungen zur internationalen Lage geht Mittag auf die innerdeutschen Handelsbeziehungen ein und bemängelt Ungleichheiten zu Lasten der DDR. Er drängt auf den Abschluss der Postverhandlungen. Stoltenberg unterstreicht das Interesse der Bundesregierung an der Erweiterung der Reise- und Besuchsmöglichkeiten sowie an der wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit.

- 98 2. 11. 1983 Vermerk des Staatssekretärs im Ministerium für Außenhandel der DDR Schalck-Golodkowski über das Gespräch mit dem Bayerischen Ministerpräsidenten Strauß in München 384
 In dem Vermerk gibt Schalck-Golodkowski kritische Äußerungen von Strauß über Kohl und Jenninger wieder. Es beständen z. T. erhebliche Meinungsverschiedenheiten; Strauß habe es als eine Schwäche von Kohl bezeichnet, dass dieser bisweilen an „utopischen Vorstellungen“ festhalte. Wörtlich gibt Schalck-Golodkowski eine längere Äußerung zum bundesdeutschen Standpunkt in den Postverhandlungen wieder, mit der Strauß Kohl zitiert habe. Erneut seien die Gegenleistungen der DDR für einen neuen Milliardenkredit erörtert worden, wobei Strauß die Forderung nach der Senkung des Mindestumtauschs für Rentner wiederholt habe.
- 99 3. 11. 1983 Protokoll des Regierungsdirektors in der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland Girardet über die zweite Runde der Kulturverhandlungen 389
 Beide Seiten präzisieren ihre Vorstellungen vom Inhalt des auszuhandelnden Kulturabkommens. Bräutigam legt Wert darauf, dass die im Rahmen des Abkommens erzielte Zusammenarbeit nicht exklusiv sein dürfe. Es solle bereits bestehende Kontakte nicht einengen, sondern intensivieren.
- 99A Anlage 397
 Entwurf der DDR-Delegation für Präambel und Artikel 1 des Kulturabkommens.
- 100 4. 11. 1983 Mitteilung des Staatssekretärs im Ministerium für Außenhandel der DDR Schalck-Golodkowski an den Bayerischen Ministerpräsidenten Strauß 398
 Schalck-Golodkowski informiert Strauß über ein Gespräch mit Honecker, dem er von der Unterredung mit Strauß am 2. November 1983 (vgl. Nr. 98) berichtet habe. Honecker habe zustimmend reagiert und wünsche sich vor allem absolute Diskretion. Es werden konkrete Terminwünsche für den Abschluss der Postverhandlungen geäußert.
- 101 5. 11. 1983 Mitteilung des Bayerischen Ministerpräsidenten Strauß an den Staatssekretär im Ministerium für Außenhandel der DDR Schalck-Golodkowski 399
 Strauß informiert Schalck-Golodkowski über sein Gespräch mit Jenninger am Vortag. Sie seien sich einig gewesen, die Postverhandlungen mit der DDR noch im November 1983 abzuschließen. Sie hätten außerdem über die Möglichkeiten für weitere Kreditverhandlungen gesprochen. Strauß habe Jenninger gebeten, sich dafür vom Bundeskanzler ein Verhandlungsmandat zu beschaffen, und angeregt, dass Jenninger am nächsten Treffen beteiligt werden solle.
- 102 7. 11. 1983 Vorlage des Leiters des Arbeitsstabs Deutschlandpolitik im Bundeskanzleramt von Richthofen an Staatsminister Jenninger 402
 Von Richthofen unterrichtet Jenninger über den Stand der Postverhandlungen. BMP sei zu einer Erhöhung der Pauschale auf maximal 165 Mio. DM bereit. Bräutigam halte es für zweckmäßig, das Maximalangebot der Bundesrepublik zeitnah der DDR zu unterbreiten, um die Verhandlungen abschließen zu können. Er schätze eine Summe von etwa 200 Mio. DM als realistisch ein und rege an, die Erhöhung mit spürbaren Verbesserungen im Telefonverkehr zu verknüpfen.

- | | | | |
|-----|-------------------------|--|-----|
| 103 | 10. 11. 1983 | Information der Hauptverwaltung Aufklärung im Ministerium für Staatssicherheit der DDR

Berichtet wird über eine Einschätzung aus westlichen Bankenkreisen zur Devisensituation der DDR, wonach diese neue langfristige Kredite brauche, um kurzfristige Verbindlichkeiten erfüllen zu können. | 403 |
| 104 | 11. 11. 1983 | Mitteilung des Bundeskanzlers Kohl an die Regierung der DDR

In der Mitteilung, die Kohl Strauß zur Weiterleitung an die DDR-Regierung übergibt, fasst er die bundesdeutsche Position für den Abschluss der Postverhandlungen zusammen. | 407 |
| 105 | 14. und
15. 11. 1983 | Protokoll des Referats 912 des Bundesministeriums für das Post- und Fernmeldewesen über die neunte Runde der Postverhandlungen

In der letzten Verhandlungsrunde, die mehrmals durch Gespräche im kleineren Kreis und Rücksprachen der Delegationsleiter mit ihren Regierungen unterbrochen wird, einigen sich beide Seiten auf eine jährliche Postpauschale von 200 Mio. DM für den Zeitraum von 1983 bis 1990 sowie verschiedene Verbesserungsmaßnahmen im Post- und Fernmeldeverkehr. | 409 |
| 106 | 15. 11. 1983 | Mitteilung des Staatssekretärs im Ministerium für Außenhandel der DDR Schalck-Golodkowski an den Bayerischen Ministerpräsidenten Strauß

Nach Presseberichten über weitere Kreditverhandlungen drängt Schalck-Golodkowski auf öffentliche Dementierung der Berichte sowie Stillschweigen über die Gespräche. Die abschließende Runde der Postverhandlungen sei in ihrem ersten Teil vielversprechend verlaufen. Schalck-Golodkowski rät zur Festlegung der Pauschale auf 200 Mio. DM plus 20 Mio. p. a. für die Verlegung eines Glasfaserkabels nach Berlin. | 413 |
| 107 | 15. 11. 1983 | Mitteilung des Staatssekretärs im Ministerium für Außenhandel der DDR Schalck-Golodkowski an den Bayerischen Ministerpräsidenten Strauß

Die laufende Runde der Postverhandlungen drohe ohne eine Einigung über die Höhe der Pauschale zu Ende zu gehen, obwohl die beiderseitigen Vorstellungen nur noch um 8 bis 9 Mio. DM auseinanderlügen. Schalck-Golodkowski drängt auf eine Einigung. | 414 |
| 108 | 15. 11. 1983 | Mitteilung des Bayerischen Ministerpräsidenten Strauß an den Staatssekretär im Ministerium für Außenhandel der DDR Schalck-Golodkowski

Strauß teilt Schalck-Golodkowski mit, dass er dessen Nachrichten vom 15. November 1983 (Nr. 106 und Nr. 107) an Jenninger weitergegeben habe. Dieser vermute die Quelle der Indiskretionen in Berlin (Ost), namentlich bei Rechtsanwalt Vogel. In den Postverhandlungen sei die bundesdeutsche Seite entschlossen, in der laufenden Runde zum Abschluss zu kommen. | 415 |

- 109 16. 11. 1983 Mitteilung des Staatssekretärs im Ministerium für Außenhandel der DDR Schalck-Golodkowski an den Bayerischen Ministerpräsidenten Strauß 416
Nach dem Abschluss der Postverhandlungen dankt Schalck-Golodkowski Strauß für dessen Bemühungen. Den Verdacht, vonseiten der DDR seien Informationen über die Kreditgespräche an die westliche Presse weitergegeben worden, weist er entschieden zurück. Er Sorge sich um die wachsende Gefahr von Indiskretionen, sobald Jenninger in die Gespräche einbezogen werde.
- 110 18. 11. 1983 Protokoll des Ministerialdirektors im Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen Meichsner über das deutschlandpolitische Koordinierungsgespräch 417
Nach Beratungen über den Ausbau des innerdeutschen Handels und die Entwicklung der innerdeutschen Beziehungen vor dem Hintergrund der bevorstehenden Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen werden u. a. die Verhandlungen über die Berliner S-Bahn, die Offenhaltung des Grenzübergangsstrecken sowie die Reinhaltung von Werra und Weser besprochen.
- 111 22. 11. 1983 Bericht des Leiters der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland Bräutigam an das Bundeskanzleramt 426
Bräutigam schildert die Reaktionen der DDR-Medien auf die Nachrüstungsdebatte im Deutschen Bundestag. Die Berichterstattung bleibe trotz der Dramatisierung der äußeren Umstände „weitgehend frei von Aggressivität“.
- 112 24. 11. 1983 Vorlage des Leiters des Arbeitsstabs Deutschlandpolitik im Bundeskanzleramt von Richthofen an Ministerialdirektor Teltschik 428
Von Richthofen macht Vorschläge für die deutschlandpolitische Gesamtstrategie nach der Stationierung der amerikanischen Mittelstreckenraketen. Er empfiehlt politische Aktivitäten auf den vier Feldern „Deutsche Frage – neu gestellt“, „Ost/West-Verhältnis“, „Innerdeutsches Verhältnis“ und „Berlin“.
- 113 24. 11. 1983 Vermerk des Leiters des Arbeitsstabs Deutschlandpolitik im Bundeskanzleramt von Richthofen über das Gespräch mit dem stellvertretenden Leiter der Ständigen Vertretung der DDR Schindler 430
Von Richthofen fasst den Verlauf des Gesprächs mit Schindler zusammen, in dem in Form eines „tour d’horizon“ nach der Stationierung der amerikanischen Mittelstreckenraketen die internationale sicherheitspolitische Lage und deren Bedeutung für die innerdeutschen Beziehungen erörtert worden seien. Von Richthofen habe den von Honecker geprägten Begriff der „Verantwortungsgemeinschaft“ aufgegriffen.
- 114 29. 11. 1983 Vermerk des Leiters des Büros des Bayerischen Ministerpräsidenten, Held 435
Als Reaktion auf die Berichterstattung des „Spiegel“ über laufende Kreditverhandlungen stellt Held die Kontakte zwischen Strauß und Kohl bzw. Jenninger im Oktober und November 1983 zusammen. Jenninger habe versichert, dass von ihm niemand über die Gespräche informiert worden sei.

LXXVIII *Verzeichnis der Dokumente*

- | | | | |
|-----|--------------|---|-----|
| 115 | 29. 11. 1983 | <p>Schreiben von Udo Lindenberg an das Mitglied des Politbüros des Zentralkomitees der SED Krenz</p> <p>Nach dem Friedenskonzert im Palast der Republik am 25. Oktober 1983 unterstreicht Lindenberg die Bedeutung der Veranstaltung für die Sicherung des Friedens und betont, dass ihm seine geplante Konzertreise durch die DDR sehr am Herzen liege. Er gratuliert Krenz zu dessen Ernennung zum Mitglied des Politbüros des ZK der SED.</p> | 436 |
| 116 | 8. 12. 1983 | <p>Schreiben des Bayerischen Ministerpräsidenten Strauß an den Leiter der Ständigen Vertretung der DDR Moldt</p> <p>Strauß bittet um eine großzügigere Handhabung der Genehmigungspraxis für Reisen in die Bundesrepublik Deutschland, insbesondere bei Verwandtenbesuchen.</p> | 437 |
| 117 | 9. 12. 1983 | <p>Vermerk des Staatssekretärs im Ministerium für Außenhandel der DDR Schalck-Golodkowski über das Gespräch mit dem Bayerischen Ministerpräsidenten Strauß in München</p> <p>Schalck-Golodkowski gibt eine ausführliche Darstellung von Strauß über dessen Gespräch mit Kohl am 29. November 1983 wieder. Kohl habe sich ausdrücklich für die Fortführung des Gesprächskontakts ausgesprochen. Schalck-Golodkowski schildert weiter, dass Strauß sich ihm gegenüber kritisch über die Arbeitsweise des Kanzleramts und auch über Kohl selbst geäußert und seinen Einfluss auf die Politik des Kanzlers betont habe.</p> | 438 |
| 118 | 12. 12. 1983 | <p>Vermerk des Staatssekretärs im Ministerium für Außenhandel der DDR Schalck-Golodkowski</p> <p>Schalck-Golodkowski schildert Honecker seine Eindrücke aus dem Gespräch mit Strauß am 9. Dezember 1983 (vgl. Nr. 117). Er sieht Strauß gegenüber Kohl in einer starken Position und traut ihm zu, Vizekanzler oder sogar Kanzler zu werden. Strauß werde in absehbarer Zeit einen neuen Milliardenkredit vermitteln können. Strauß und seine politische Umgebung wünschten keine Zuspitzung der internationalen Lage oder des innerdeutschen Verhältnisses.</p> | 442 |
| 119 | 12. 12. 1983 | <p>Mitteilung des Staatssekretärs im Ministerium für Außenhandel der DDR Schalck-Golodkowski an den Bayerischen Ministerpräsidenten Strauß</p> <p>Schalck-Golodkowski teilt Strauß mit, er habe Honecker über das Gespräch am 9. Dezember 1983 (vgl. Nr. 117) informiert, und betont die Bedeutung des bevorstehenden Gesprächs zwischen Strauß und Kohl für den Fortgang der Kreditverhandlungen.</p> | 444 |
| 120 | 13. 12. 1983 | <p>Information der Arbeitsgruppe BRD des Politbüros des Zentralkomitees der SED</p> <p>Der Stand der Gespräche zwischen der DDR und dem Berliner Senat über die Rückführung von Kulturgütern wird zusammengefasst. Die von beiden Seiten zurückgeforderten Kulturgüter werden aufgelistet und mit Erläuterungen versehen.</p> | 445 |

- 121 13. 12. 1983 Protokoll des Leiters des Arbeitsstabs Deutschlandpolitik im Bundeskanzleramt von Richthofen über das Gespräch von Staatsminister Jenninger mit dem stellvertretenden Vorsitzenden des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR Stolpe 449
 Stolpe äußert sich zufrieden über den Ablauf des Lutherjahrs. Die DDR-Regierung habe sich kooperativ gegenüber der evangelischen Kirche gezeigt, die dennoch mit dem Staat nicht „Arm in Arm“ gehen wolle. Aufgrund der Unsicherheit hinsichtlich Moskaus sei der Handlungsspielraum der DDR-Regierung in den innerdeutschen Beziehungen eingeschränkt. Die Beschränkung der Reisefreiheit werde vor allem von jüngeren DDR-Bürgern zunehmend als „unerträgliche Diskriminierung“ empfunden.
- 122 14. 12. 1983 Schreiben des Bundeskanzlers Kohl an den Generalsekretär des Zentralkomitees der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR Honecker 454
 Kohl erläutert die Gründe für die Stationierung neuer amerikanischer Mittelstreckenraketen. Dabei unterstreicht er den Willen der Bundesregierung zum Ausbau der Zusammenarbeit in den innerdeutschen Beziehungen im Sinne einer „Verantwortungsgemeinschaft“, besonders vor dem Hintergrund der angespannten internationalen Lage.
- 123 14. 12. 1983 Bericht des stellvertretenden Leiters der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland Hellbeck an das Bundeskanzleramt 457
 Hellbeck berichtet über die Novellierung des Atomenergiegesetzes der DDR. Der Umweltschutz habe in der Politik der DDR insgesamt an Bedeutung gewonnen.
- 124 19. 12. 1983 Protokoll über das Telefongespräch des Generalsekretärs des Zentralkomitees der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR Honecker mit dem Bundeskanzler Kohl 459
 Kohl und Honecker blicken auf die Entwicklung der Deutschlandpolitik im Jahr 1983 zurück. Honecker nimmt ausführlich Stellung zur Frage der atomaren Nachrüstung. Kohl erneuert seine Einladung zu einem Besuch in Bonn, mit der Honecker sich im Prinzip einverstanden erklärt. Beide bekräftigen ihre gemeinsame Verantwortung für die Sicherung des Friedens und bestätigen, dass sie die Gesprächskontakte zwischen ihren jeweiligen Beauftragten weiterführen wollen.
- 125 19. 12. 1983 Vermerk des Leiters des Arbeitsstabs Deutschlandpolitik im Bundeskanzleramt von Richthofen über das Telefongespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem Generalsekretär des Zentralkomitees der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR Honecker 469
 Von Richthofen schildert den Ablauf des Telefongesprächs (vgl. Nr. 124). Die offenbar abgelesene ausführliche Stellungnahme Honeckers zur Nachrüstungsfrage habe einen Dialog unmöglich gemacht.

- 126 19. 12. 1983 Schreiben des Bayerischen Ministerpräsidenten Strauß an den Generalsekretär des Zentralkomitees der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR Honecker 470
Strauß übermittelt Weihnachtsgrüße und hofft auf die Fortsetzung seiner Gespräche und Verhandlungen mit der DDR, die zu vernünftigen Ergebnissen geführt hätten, im kommenden Jahr. Er schenkt Honecker eine Oberammergauer Holzschnitzerei, die einen beladenen Erntewagen darstellt.
- 127 9. 1. 1984 Mitteilung des Staatssekretärs im Ministerium für Außenhandel der DDR Schalck-Golodkowski an den Bayerischen Ministerpräsidenten Strauß 470
Schalck-Golodkowski kündigt das von Honecker autorisierte Antwortschreiben Moldts auf das Schreiben von Strauß vom 8. Dezember 1983 an (vgl. Nr. 116 sowie Nr. 129A). Die Zahlen für Reisen in die Bundesrepublik Deutschland in dringenden Familienangelegenheiten seien deutlich nach oben zu korrigieren. Entsprechenden Falschmeldungen in der bundesdeutschen Presse bitte er entgegenzuwirken.
- 128 10. 1. 1984 Vermerk des Staatssekretärs im Bundesministerium für das Post- und Fernmeldewesen Florian 471
Florian schildert den Verlauf der Postverhandlungen seit seinem Dienstantritt als Staatssekretär im BMP im Mai 1983. Die unterschiedlichen Vorstellungen über die Höhe der zukünftigen Postpauschale hätten einer Einigung lange Zeit im Weg gestanden. Die eigentlichen Verhandlungen seien von zahlreichen Gesprächen zwischen Bundesrepublik Deutschland und DDR auf verschiedensten Ebenen flankiert worden.
- 129 11. 1. 1984 Note der Ständigen Vertretung der DDR an das Bundeskanzleramt 475
Die Ständige Vertretung der DDR übermittelt dem Bundeskanzleramt die Kopie eines Schreibens Moldts an Strauß (vgl. Nr. 129A).
- 129A 10. 1. 1984 Anlage 476
Antwort Moldts auf das Schreiben von Strauß vom 8. Dezember 1983 (Nr. 116): Moldt verweist auf die großzügige Handhabung von Anträgen auf Besuchsreisen in die Bundesrepublik und korrigiert die von Strauß genannten Zahlen deutlich nach oben (vgl. Nr. 127).
- 130 24. 1. 1984 Vorlage des Ministerialdirigenten von Braunmühl an den Bundesminister des Auswärtigen Genscher 477
Nach der sofortigen Ausreisegenehmigung für sechs DDR-Bürger, die in der US-Botschaft in Berlin (Ost) um politisches Asyl ersucht hatten, erörtert von Braunmühl die möglichen Motive der DDR-Regierung für diese Entscheidung. Von Bedeutung sei dabei u. a. das Interesse der westlichen Medien gewesen.
- 131 25. 1. 1984 Vermerk des Regierungsdirektors in der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland Neumann 478
Neumann schildert neue Zufluchtsfälle in der Ständigen Vertretung: Zwölf DDR-Bürger, die ihre Ausreise in die Bundesrepublik durchsetzen wollten, seien erst nach der Einschaltung von Rechtsanwalt Vogel bereit gewesen, das Vertretungsgebäude wieder zu verlassen. Sie hätten am nächsten Tag nach Berlin (West) ausreisen dürfen.

- 132 26. 1. 1984 Vermerk des Staatssekretärs im Ministerium für Außenhandel der DDR Schalck-Golodkowski über das Gespräch mit dem Bayerischen Ministerpräsidenten Strauß in München 482
Schalck-Golodkowski gibt die Aussagen von Strauß über ein längeres Gespräch mit Kohl Ende Dezember 1983 über die Möglichkeiten weiterer Kredite an die DDR wieder. Kohl erwarte als Gegenleistung den Abbau der Selbstschussanlagen, die Reduzierung des Mindestumtauschsatzes für Rentner sowie die Umsetzung der bereits im Oktober 1983 angekündigten Maßnahmen (vgl. Nr. 94). Strauß habe in Aussicht gestellt, die Kreditverhandlungen bereits im März 1984 abzuschließen.
- 133 27. 1. 1984 Protokoll des Leiters des Arbeitsstabs Deutschlandpolitik im Bundeskanzleramt von Richthofen über die Besprechung der Staatssekretäre 486
Gegenstand der Besprechung ist der Umgang mit der wachsenden Zahl an Zufluchtsfällen in der Ständigen Vertretung und in der Prager Botschaft. Die Bundesrepublik lehnt es ab, Personen gewaltsam aus ihren Vertretungen zu entfernen. Bräutigam hält die Vermittlung durch Rechtsanwalt Vogel für den einzigen Lösungsweg.
- 134 27. 1. 1984 Protokoll des Leiters des Arbeitsstabs Deutschlandpolitik im Bundeskanzleramt von Richthofen über das Gespräch des Staatsministers Jenninger mit dem Leiter der Ständigen Vertretung der DDR Moldt 490
Jenninger beanstandet die Behinderung des Zugangs zur Ständigen Vertretung der Bundesrepublik durch die DDR in Form von Ausweiskontrollen, Festnahmen und einer starken Präsenz von Volkspolizisten. Er würdigt die Zusammenarbeit mit der DDR bei der Lösung der bisherigen Zufluchtsfälle, sieht aber die Gefahr der Sogwirkung auf andere Ausreisewillige.
- 135 27. 1. 1984 Mitteilung des Staatssekretärs im Ministerium für Außenhandel der DDR Schalck-Golodkowski an den Bayerischen Ministerpräsidenten Strauß 493
Schalck-Golodkowski informiert Strauß über die Reaktion Honeckers auf seinen Bericht über das Gespräch am 26. Januar 1984 (vgl. Nr. 132). Strauß solle zur Leipziger Frühjahrsmesse eingeladen werden. Die von der Bundesrepublik geforderten Gegenleistungen für einen weiteren Milliardenkredit seien von Honecker bestätigt worden.
- 136 30. 1. 1984 Bericht des Leiters der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland Bräutigam an das Bundeskanzleramt 495
Bräutigam berichtet über ein Gespräch mit Seidel über die Zufluchtsfälle in der Ständigen Vertretung. Deren Mitarbeiter könnten die Zufluchtsuchenden nur dann davon überzeugen, dass über die Vertretung kein direkter Weg nach Westen führe, wenn die DDR den Zugang zur Vertretung nicht länger behindere. Seidel weist diesen Vorwurf zurück und betont, dass die Ständige Vertretung der Bundesrepublik Deutschland für DDR-Bürger nicht zuständig sei.
- 137 30. 1. 1984 Vermerk des Abteilungsleiters BRD im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der DDR Seidel über das Gespräch mit dem Leiter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland Bräutigam 497
Vgl. Nr. 136.

- | | | | |
|-----|-------------|---|-----|
| 138 | 30. 1. 1984 | <p>Vermerk des Staatssekretärs im Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen Rehlinger über das Gespräch mit Rechtsanwalt Vogel</p> <p>Rehlinger fasst ein Gespräch mit Vogel über die Zufluchtsfälle sowie über die Gesamtlage der innerdeutschen Beziehungen zusammen. Honecker habe die jüngsten Zufluchtsfälle ohne Rückversicherung bei der Sowjetunion gelöst; sie seien wie Familienzusammenführungsfälle behandelt worden. In der Gesamtbeurteilung der innerdeutschen Beziehungen teile Honecker nicht den Optimismus einiger westlicher Politiker. Ob er die Bundesrepublik noch 1984 besuchen werde, sei völlig offen.</p> | 498 |
| 139 | 9. 2. 1984 | <p>Aufzeichnung der Zentralen Koordinierungsgruppe des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR</p> <p>In einer Aufzeichnung anlässlich der wachsenden Zahl an Ausreisewilligen differenziert das MfS zwischen verschiedenen Gruppen. Die politische Arbeit soll auf diejenigen konzentriert werden, bei denen noch die Aussicht besteht, sie für die kommunistische Ideologie zurückzugewinnen. Solchen Bürgern, die eine Gefahr für die staatliche Sicherheit der DDR darstellen, soll die Ausreise dagegen ermöglicht werden.</p> | 499 |
| 140 | 13. 2. 1984 | <p>Vermerk des Abteilungsleiters Teltschik über das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem Generalsekretär des Zentralkomitees der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR Honecker in Moskau</p> <p>Teltschik fasst den Verlauf des ersten persönlichen Zusammentreffens zwischen Kohl und Honecker anlässlich der Beerdigung von Juri Andropow zusammen. Kohl habe die Einladung an Honecker zu einem Besuch in der Bundesrepublik erneuert. Nach dem Austausch persönlicher Erinnerungen an gemeinsame Bekannte in der Pfalz bzw. im Saarland sei die internationale Lage, insbesondere das Verhältnis zwischen den USA und der Sowjetunion angesichts der atomaren Nachrüstung, thematisiert worden.</p> | 502 |
| 141 | 13. 2. 1984 | <p>Protokoll des persönlichen Mitarbeiters des Generalsekretärs des Zentralkomitees der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR Honecker, Herrmann, über das Gespräch Honeckers mit dem Bundeskanzler Kohl in Moskau</p> <p>Vgl. Nr. 140. Auf den Austausch persönlicher Erinnerungen geht Herrmann nicht ein.</p> | 509 |
| 142 | 13. 2. 1984 | <p>Vermerk des Mitarbeiters Witt über das Gespräch des Abteilungsleiters BRD im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der DDR Seidel mit dem Leiter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland Bräutigam</p> <p>Witt hält fest, dass Bräutigam erneut die verschärfte Bewachung der Ständigen Vertretung und insbesondere die Postierung eines DDR-Polizisten direkt vor dem Eingang kritisiert habe.</p> | 513 |

143	16. 2. 1984	<p>Protokoll des Ministerialdirektors im Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen Meichsner über das deutschlandpolitische Koordinierungsgespräch</p> <p>Nach einem Bericht über das Gespräch zwischen Kohl und Honecker in Moskau (vgl. Nr. 140 und 141) stehen Umweltthemen im Mittelpunkt des Koordinierungsgesprächs. Es wird erwartet, dass Umweltschutzmaßnahmen künftig einen Schwerpunkt der innerdeutschen Beziehungen bilden werden. Daneben wird u. a. über Fragen des Eisenbahn-Transitverkehrs, die Situation Berlins und die Offenhaltung des Grenzübergangs Staaken gesprochen.</p>	514
144	17. 2. 1984	<p>Schreiben des Generalsekretärs des Zentralkomitees der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR Honecker an den Bundeskanzler Kohl</p> <p>In seiner Antwort auf das Schreiben Kohls vom 14. Dezember 1983 (Nr. 122) kritisiert Honecker die Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen in der Bundesrepublik und fordert deren Abbau. In Bezug auf die innerdeutschen Beziehungen unterstreicht er abschließend die Geraer Forderungen.</p>	523
145	20. 2. 1984	<p>Vorlage des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Kastrup an den Bundesminister des Auswärtigen Genscher</p> <p>Kastrup berichtet über ein Gespräch zwischen dem Gesandten der US-Botschaft Woessner und dem Abteilungsleiter im AA Pfeffer. Woessner habe versichert, die US-Botschaft in Berlin (Ost) weise keinen Asylsuchenden ab oder entferne ihn aus dem Gebäude. Pfeffer habe unterstrichen, es wäre für die Bundesrepublik Deutschland unerträglich, wenn zufluchtsuchende Deutsche von befreundeten Botschaften abgewiesen würden.</p>	526
146	2. 3. 1984	<p>Bericht des Leiters der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland Bräutigam an das Bundeskanzleramt</p> <p>Bräutigam berichtet über ein Gespräch mit Rechtsanwalt Vogel, der am Vortag Meldung bestätigt habe, wonach DDR-Bürger, die in den westlichen Vertretungen Zuflucht suchten, mit Gefängnisstrafen zu rechnen hätten. Vogel habe im Auftrag Honeckers mitgeteilt, dass das Problem der Zufluchtsfälle nur dann gelöst werden könne, wenn die diplomatischen Vertretungen zufluchtsuchende DDR-Bürger sofort abwiesen. Bräutigam habe eine Besprechung zu diesem Thema angeregt.</p>	527
147	5. 3. 1984	<p>Protokoll über die dritte Runde der Kulturverhandlungen</p> <p>DDR-Delegationsleiter Nier gibt zunächst eine längere Erklärung zur Nachrüstung ab. Bräutigam übergibt die bundesdeutschen Vorschläge für Überschrift und Präambel des geplanten Kulturabkommens und erläutert diese. Die Frage der Rückgabe kriegsbedingt verlagert Kulturgüter werde noch geprüft. Nier nimmt Stellung zu dem bundesdeutschen Präambel-Entwurf und stellt noch zahlreiche Meinungsverschiedenheiten fest.</p>	530
148	5. 3. 1984	<p>Bericht über die dritte Runde der Kulturverhandlungen</p> <p>Vgl. Nr. 147. In dem Bericht von DDR-Seite wird kritisch hervorgehoben, dass die Bundesrepublik die Verankerung politischer Grundlagen in der Präambel auf ein Minimum reduzieren wolle.</p>	541
148A		<p>Anlage</p> <p>Entwurf der bundesdeutschen Delegation für die Präambel und Artikel 1–3 des Kulturabkommens.</p>	543

- | | | | |
|-----|-------------|---|-----|
| 149 | 6. 3. 1984 | <p>Vermerk des Leiters des Arbeitsstabs Deutschlandpolitik im Bundeskanzleramt von Richthofen über das Gespräch mit dem stellvertretenden Leiter der Ständigen Vertretung der DDR Schindler</p> <p>Von Richthofen hält fest, dass Schindler ein Non-paper der DDR-Regierung vorgetragen habe, wonach eine Lösung der Zufluchtsfälle nur dann möglich sei, wenn die Vertretungen zufluchtsuchende DDR-Bürger sofort abwiesen. Von Richthofen warnt vor gravierenden politischen Folgen, die aus der Behinderung der Arbeitsmöglichkeiten der Ständigen Vertretung durch die DDR erwachsen könnten. Er nimmt Bezug auf einen aktuellen Verhaftungsfall.</p> | 544 |
| 150 | 11. 3. 1984 | <p>Vermerk des Staatssekretärs im Ministerium für Außenhandel der DDR Schalck-Golodkowski über die Gespräche mit dem Bayerischen Ministerpräsidenten Strauß in Leipzig</p> <p>Schalck-Golodkowski fasst seine Gespräche mit Strauß am Rande der Leipziger Messe zusammen. Er habe Strauß erklärt, dass eine Lösung der Zufluchtsfälle nur dann möglich sei, wenn die diplomatischen Vertretungen zufluchtsuchende DDR-Bürger sofort abwiesen. Strauß glaube, dass eine großzügigere Handhabung von Besuchsgenehmigungen den Ausreisedruck mildern könnte. Im Hinblick auf einen weiteren Kredit kooperiere er mit Jenninger, um Kohl ein entscheidungsreifes Paket vorzulegen.</p> | 547 |
| 151 | 11. 3. 1984 | <p>Vermerk des Bayerischen Ministerpräsidenten Strauß über das Gespräch mit dem Generalsekretär des Zentralkomitees der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR Honecker in Leipzig</p> <p>Strauß hält aus dem Gespräch fest, dass die innerdeutschen Beziehungen sich trotz der Verschlechterung der internationalen Lage im letzten Jahr verbessert hätten. Honecker plane einen Besuch in der Bundesrepublik im letzten Quartal 1984. Er habe von einer großzügigeren Handhabung von Ausreisearträgen gesprochen und zugleich Erleichterungen bei Besuchen in der Bundesrepublik aus humanitären Gründen angekündigt. Zudem werde der Abbau der Selbstschussanlagen an der innerdeutschen Grenze fortgesetzt.</p> | 551 |
| 152 | 11. 3. 1984 | <p>Protokoll über das Gespräch des Generalsekretärs des Zentralkomitees der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR Honecker mit dem Bayerischen Ministerpräsidenten Strauß in Leipzig</p> <p>Vgl. Nr. 151.</p> | 555 |
| 153 | 11. 3. 1984 | <p>Protokoll über das Gespräch des Generalsekretärs des Zentralkomitees der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR Honecker mit dem Bundesminister für Wirtschaft Graf Lambsdorff in Leipzig</p> <p>Lambsdorff und Honecker erörtern die Perspektiven für Fortschritte in der Zusammenarbeit und fassen neben der Stärkung der wirtschafts- und handelspolitischen Beziehungen vor allem den Ausbau der Kooperation in den Bereichen Umweltschutz, Wissenschaft und Forschung ins Auge. Fortschritte seien auch im Rahmen der Kulturverhandlungen möglich. Honecker bekräftigt seine Absicht zu einem Besuch in der Bundesrepublik und avisiert einen Termin im September 1984.</p> | 558 |

- 154 12. 3. 1984 Protokoll des persönlichen Mitarbeiters des Mitglieds des Politbüros des Zentralkomitees der SED Mittag, Krömke, über das Gespräch Mittags mit dem Bundesminister für Wirtschaft Graf Lambsdorff in Leipzig 562
- Beide Seiten äußern sich grundsätzlich positiv zur Entwicklung der Handelsbeziehungen zwischen Bundesrepublik und DDR. Bestehende Absprachen würden im Allgemeinen eingehalten. Verschiedene Einzelfragen werden besprochen, darunter die Verhandlungen zwischen der DDR und der Volkswagen AG, der Abbau von Handelshemmnissen, das Geschäft mit Industrieanlagen, die Geschäftsbeziehungen zwischen der Schuhindustrie der DDR und der Salamander AG sowie der Steinkohlehandel.
- 155 12. 3. 1984 Vermerk des Leiters des Arbeitsstabs Deutschlandpolitik im Bundeskanzleramt von Richthofen über das Gespräch mit dem stellvertretenden Leiter der Ständigen Vertretung der DDR Schindler 570
- Von Richthofen schildert ein Gespräch über die Zufluchtsfälle in der Ständigen Vertretung sowie der Deutschen Botschaft in Prag. Schindler habe darauf hingewiesen, dass die DDR mit Ausreisearträgen inzwischen großzügiger verfähre, und das rechtswidrige Verhalten der Botschaftsmitarbeiter in Prag kritisiert, die DDR-Bürgern Aufenthalt gewährten und sie zum illegalen Grenzübertritt ermutigten. Von Richthofen habe die Vorwürfe zurückgewiesen.
- 156 14. 3. 1984 Protokoll über das Gespräch des Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion Vogel mit dem Generalsekretär des Zentralkomitees der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR Honecker 572
- Honecker betont die Verantwortung beider deutscher Staaten für Frieden und Entspannung. Er bekräftigt die Geraer Forderungen und wiederholt seine Kritik an der atomaren Nachrüstung. Vogel würdigt die Fortschritte in der Deutschlandpolitik seit dem Regierungswechsel. Bei der Anerkennung der DDR-Staatsbürgerschaft sieht er keinen Spielraum, hält aber eine Einigung bei der Elbe-Grenze sowie die Auflösung der Erfassungsstelle Salzgitter für möglich.
- 157 14. 3. 1984 Vermerk des Leiters des Arbeitsstabs Deutschlandpolitik im Bundeskanzleramt von Richthofen über das Gespräch mit dem stellvertretenden Leiter der Ständigen Vertretung der DDR Schindler 582
- Von Richthofen hält fest, dass er die Antwort der Bundesregierung auf das Non-paper der DDR vom 6. März 1984 (vgl. Nr. 149) übergeben habe.
- 157A Anlage 583
- Erklärung der Bundesregierung: Die Forderung des freien und ungehinderten Zugangs zur Ständigen Vertretung wird bekräftigt. Das Betreten und der Aufenthalt in dem Gebäude können nicht strafbar sein. Die Bundesregierung erwartet, dass die strafrechtliche Verfolgung von Zufluchtsuchenden unterbleibt. Zugleich erkennt sie die alleinige Entscheidungsbefugnis der DDR über jeden einzelnen Ausreiseartrag an.

- | | | | |
|-----|-------------|---|-----|
| 158 | 15. 3. 1984 | Schreiben des Staatssekretärs im Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen Rehlinger an Rechtsanwalt Vogel
Rehlinger bekräftigt, dass die Bundesregierung die alleinige Zuständigkeit der DDR in Ausreisefragen anerkenne. Er erwarte, dass damit die Kritik der DDR an der Vorgehensweise der Ständigen Vertretung obsolet geworden sei, und bittet um Straffreiheit für DDR-Bürger, die sich noch in den bundesdeutschen Vertretungen aufhalten. | 584 |
| 159 | 19. 3. 1984 | Schreiben des Auswärtigen Amtes an das Bundeskanzleramt
VLR I Kastrop informiert über ein Gespräch zwischen dem Staatssekretär im AA Meyer-Landrut und dem Gesandten der US-Botschaft Woessner. Dieser habe zugesichert, dass die USA zufluchtuchende Deutsche aus der DDR nicht zwangsweise aus der amerikanischen Vertretung entfernen werde, sofern die Bundesregierung zusage, die betreffenden Personen noch am selben Tag zu übernehmen. | 586 |
| 160 | 20. 3. 1984 | Bericht des Leiters der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland Bräutigam an das Bundeskanzleramt über das Gespräch mit dem Abteilungsleiter BRD im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der DDR Seidel
Bräutigam berichtet, dass Seidel in dem Gespräch den Vorwurf erhoben habe, die Ständige Vertretung der Bundesrepublik berate Ausreisewillige und ermuntere sie, ihr Ziel der Übersiedlung in die Bundesrepublik beharrlich weiterzuverfolgen. Bräutigam habe den Vorwurf zurückgewiesen und entgegnet, dass jeder Zufluchtuchende angehört und niemand gewaltsam aus der Ständigen Vertretung entfernt werde. | 587 |
| 161 | 23. 3. 1984 | Vermerk des Leiters des Arbeitsstabs Deutschlandpolitik im Bundeskanzleramt von Richthofen über das Gespräch mit dem stellvertretenden Leiter der Ständigen Vertretung der DDR Schindler
Von Richthofen schildert ein Gespräch über die Zufluchtsfälle in der Ständigen Vertretung und in der Deutschen Botschaft in Prag. Schindler habe den Standpunkt der DDR zu dem Non-paper der Bundesregierung vom 14. März 1984 (vgl. Nr. 157A) vorgetragen. Er selbst habe erneut auf Straffreiheit für die Zufluchtuchenden gedrungen, eine rasche Lösung der anstehenden Fälle angemahnt und ein Gespräch auf hoher politischer Ebene angeregt. | 590 |
| 162 | 26. 3. 1984 | Vermerk des Bayerischen Ministerpräsidenten Strauß über das Gespräch mit dem Staatsminister beim Bundeskanzler, Jenninger, und dem Staatssekretär im Ministerium für Außenhandel der DDR Schalck-Golodkowski in München
Strauß hält fest, dass Schalck-Golodkowski die Berichterstattung über die Zufluchtsfälle in der Boulevard-Presse kritisiert habe, die ungewollt die Aufmerksamkeit der Sowjetunion zu wecken drohe. Schalck-Golodkowski habe seine Absicht bekräftigt, einen neuen Finanzkredit auszuhandeln, und das Angebot der DDR zu politischen Gegenleistungen wiederholt, darunter der Abbau der Selbstschussanlagen und Zugeständnisse beim Mindestumtausch. | 593 |
| 163 | 26. 3. 1984 | Vermerk des Staatssekretärs im Ministerium für Außenhandel der DDR Schalck-Golodkowski über das Gespräch mit dem Bayerischen Ministerpräsidenten Strauß und dem Staatsminister beim Bundeskanzler, Jenninger, in München
Vgl. Nr. 162. | 598 |

- 164 28. 3. 1984 Mitteilung des Staatssekretärs im Ministerium für Außenhandel der DDR Schalck-Golodkowski an den Bayerischen Ministerpräsidenten Strauß 604
Schalck-Golodkowski bittet Strauß, darauf hinzuwirken, dass Jenninger im bevorstehenden Gespräch mit Mittag (vgl. Nr. 165) keine unrealistischen Forderungen an die DDR hinsichtlich der Gegenleistungen für einen weiteren Kredit stellen möge.
- 165 28. 3. 1984 Vermerk des Staatssekretärs im Ministerium für Außenhandel der DDR Schalck-Golodkowski über das Gespräch des Mitglieds des Politbüros des Zentralkomitees der SED Mittag mit dem Staatsminister beim Bundeskanzler, Jenninger, und über das anschließende Gespräch Schalck-Golodkowskis mit Jenninger 605
Schalck-Golodkowski hält fest, dass beide Seiten den Willen zu einer guten Zusammenarbeit bekräftigt hätten. Vor dem Hintergrund der Zufluchtsfälle sei ausführlich über die Rolle der Presse in der Bundesrepublik Deutschland gesprochen worden. Mittag habe die Geraer Forderungen bekräftigt. In Abwesenheit Mittags sei anschließend über den geplanten Finanzkredit gesprochen worden. Jenninger habe angeregt, einzelne öffentlichkeitswirksame Gegenleistungen der DDR wie die Offenhaltung des Grenzübergangs Staaken schon vor dem offiziellen Kreditabschluss bekanntzugeben.
- 166 28. 3. 1984 Vermerk des Leiters des Arbeitsstabs Deutschlandpolitik im Bundeskanzleramt von Richthofen über das Gespräch mit dem stellvertretenden Leiter der Ständigen Vertretung der DDR Schindler 612
Von Richthofen hält fest, dass er Schindler ein weiteres Non-paper der Bundesregierung als Antwort auf den Standpunkt der DDR vom 23. März 1984 (vgl. Nr. 166A bzw. Nr. 161) in der Frage der Zufluchtsfälle überreicht habe. Bundesregierung und DDR-Regierung sähen die Hauptverantwortung für die Lösung des Problems auf der jeweils anderen Seite.
- 166A Anlage 614
Erklärung der Bundesregierung: Die Bundesregierung bedauert, dass die Regierung der DDR noch nicht die Voraussetzungen für die Lösung der anstehenden, sehr dringenden Zufluchtsfälle geschaffen habe. Dies könne zu einer erheblichen Belastung der Beziehungen führen.
- 167 28. 3. 1984 Schreiben des Bundesministers des Auswärtigen Genscher an den Außenminister der Vereinigten Staaten von Amerika Shultz 615
Genscher äußert sich zur Haltung der USA in der Frage der Zufluchtsfälle, die am 19. März 1984 mitgeteilt worden war (vgl. Nr. 159). Er kritisiert die Fristenregelung, nach der die USA sich nur dann verpflichteten, Asylsuchende nicht aus ihrer Botschaft zu entfernen, wenn die Bundesregierung deren Übernahme in ihre Vertretungen noch am selben Tag zusichere. Dies werfe nicht nur erhebliche praktische Probleme auf, sondern sei auch nicht im Interesse der Zufluchtsuchenden.

- 168 31. 3. 1984 Mitteilung des Staatssekretärs im Ministerium für Außenhandel der DDR Schalck-Golodkowski an den Bayerischen Ministerpräsidenten Strauß 617
Schalck-Golodkowski bittet Strauß, Jenninger die Bereitschaft der DDR mitzuteilen, eine Erklärung zur Offenhaltung des Grenzübergangsstaaen über den 31. Dezember 1984 hinaus abzugeben. Dies solle als Gegenleistung für einen zweiten Milliardenkredit verstanden werden, ohne dass öffentlich ein Junktim zwischen beiden Maßnahmen hergestellt werde.
- 169 3. 4. 1984 Mitteilung des Staatssekretärs im Ministerium für Außenhandel der DDR Schalck-Golodkowski an den Bayerischen Ministerpräsidenten Strauß 618
Schalck-Golodkowski drängt auf eine Entscheidung seitens der Bundesregierung in den Verhandlungen um den zweiten Milliardenkredit. Er selbst gerate andernfalls unter großen Druck.
- 170 3. 4. 1984 Mitteilung des Staatssekretärs im Ministerium für Außenhandel der DDR Schalck-Golodkowski an den Bayerischen Ministerpräsidenten Strauß 619
Schalck-Golodkowski drängt erneut auf eine Äußerung der Bundesregierung in den Verhandlungen um den zweiten Milliardenkredit. Er habe bei Honecker Erwartungen geweckt, die er nun erfüllen müsse.
- 171 3. 4. 1984 Mitteilung des Bayerischen Ministerpräsidenten Strauß an den Staatssekretär im Ministerium für Außenhandel der DDR Schalck-Golodkowski 619
Strauß informiert Schalck-Golodkowski über den internen Abstimmungsprozess zu dem geplanten Milliardenkredit auf bundesdeutscher Seite. Jenninger habe darüber mit Kohl gesprochen, der seine zunächst ablehnende Haltung geändert habe. Er wolle das Thema allerdings in seinem Gespräch mit Mittag am 6. April 1984 (vgl. Nr. 173) ansprechen.
- 172 3. 4. 1984 Vermerk des Staatssekretärs im Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen Rehlinger über das Telefongespräch mit Rechtsanwalt Vogel 621
Rehlinger hält fest, dass Vogel eine endgültige Entscheidung der DDR zur Lösung der Zufluchtsfälle angekündigt habe (vgl. Nr. 172A). Den Zufluchtsuchenden – mit Ausnahme eines NVA-Angehörigen – solle Straffreiheit zugesichert werden, wenn sie die bundesdeutschen Vertretungen wieder verließen. Zudem habe Vogel Einzelheiten über die Zufluchtsuchenden in der Prager Botschaft mitgeteilt.
- 172A Anlage 622
Non-paper der DDR-Regierung: Die DDR ist bereit, den Zufluchtsuchenden Straffreiheit zu gewähren und ihre Übersiedlungsanträge positiv zu prüfen, wenn sie zuvor an ihre Wohnsitze in der DDR zurückkehren. Von der Bundesrepublik erwartet sie ein Verhalten, das die Entstehung neuer Zufluchtsfälle verhindert.

- 173 6. 4. 1984 Protokoll des Ministerialdirektors Teltschik über das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem Mitglied des Politbüros des Zentralkomitees der SED Mittag 623
Bei ihrer ersten persönlichen Begegnung bekräftigen Kohl und Mittag die zentrale Bedeutung der wirtschaftlichen Beziehungen für das innerdeutsche Verhältnis. Nach einem Rückblick auf die Hannover-Messe unterstreicht Kohl die Verlässlichkeit seiner Regierung in ihren Beziehungen zur DDR. Beide bekennen sich zu ihrer gemeinsamen Verantwortung für die Erhaltung des Friedens. Gemeinsame Projekte im Bereich des Umweltschutzes werden in Aussicht genommen.
- 174 6. 4. 1984 Protokoll über das Gespräch des Mitglieds des Politbüros des Zentralkomitees der SED Mittag mit dem Bayerischen Ministerpräsidenten Strauß 627
Mittag und Strauß sprechen über die Bedeutung der wirtschaftlichen Beziehungen für das innerdeutsche Verhältnis und sehen Entwicklungsmöglichkeiten für gemeinsame Projekte im Bereich des Umweltschutzes. Sie unterstreichen ihre gemeinsame Verantwortung für die Erhaltung des Friedens. Strauß rät der DDR zu einem großzügigeren Umgang mit Ausreisewünschen. Er empfiehlt außerdem die Bekämpfung des Schwarzhandels und erläutert die Folgen der Preispolitik am Beispiel der Salamander-Schuhe.
- 175 9. 4. 1984 Mitteilung des Bayerischen Ministerpräsidenten Strauß an den Staatssekretär im Ministerium für Außenhandel der DDR Schalck-Golodkowski 631
Strauß teilt Schalck-Golodkowski mit, was er aus Bonn über das Gespräch zwischen Kohl und Mittag am 6. April 1984 (vgl. Nr. 173) erfahren habe. Kohl habe Mittag auf die generelle Senkung der Mindestumtauschsätze als Gegenleistung für einen weiteren Kredit angesprochen, und Mittag habe Prüfung zugesagt. Das Gespräch sei insgesamt gut verlaufen.
- 176 10. 4. 1984 Mitteilung des Staatssekretärs im Ministerium für Außenhandel der DDR Schalck-Golodkowski an den Bayerischen Ministerpräsidenten Strauß 632
In seiner Antwort auf die Mitteilung von Strauß vom Vortag (Nr. 175) bezweifelt Schalck-Golodkowski die Zuverlässigkeit des Informanten von Strauß. Seines Wissens sei in dem Gespräch zwischen Mittag und Kohl über den Mindestumtausch nicht gesprochen worden. Eine Senkung des Reisealters für Frauen habe Mittag abgelehnt. Schalck-Golodkowski warnt davor, unrealistische Forderungen aufzustellen bzw. kurz vor dem Abschluss des Kreditvertrags noch „aufzusatteln“.
- 177 16. 4. 1984 Vorlage des Ministerialdirigenten Schauer an den Bundesminister des Auswärtigen Genscher 633
Schauer befasst sich mit der Antwort der USA auf das Schreiben Genschers vom 28. März 1984 zum Umgang mit den Zufluchtsuchenden in der US-Botschaft in Berlin (Ost) (Nr. 167). Die USA seien von ihrer Haltung im Wesentlichen nicht abgerückt. Da eine grundsätzliche Änderung ihrer Position nicht zu erwarten sei, regt Schauer an, übereinzukommen, dass die Bundesregierung über jeden einzelnen Zufluchtsfall in der amerikanischen Vertretung informiert werde.

XC *Verzeichnis der Dokumente*

178	25. 4. 1984	<p>Aufzeichnung des Referats 32 C im Bundesnachrichtendienst</p> <p>Analyse der Stimmungen und Meinungen in der DDR-Bevölkerung zur „Ausreisewelle“: Über die Gründe für die großzügigere Genehmigungspraxis werde viel spekuliert. Die Reaktionen auf die wachsende Zahl von Übersiedlungen seien ambivalent: Manche fühlten sich zur Nachahmung ermuntert, andere fürchteten z. B. um die medizinische Versorgung in der DDR. Den Übersiedlern würdennicht zuletzt materielle Interessen, Arbeitsscheu oder „asoziales“ Verhalten unterstellt.</p>	635
179	2. 5. 1984	<p>Protokoll des Ministerialdirektors im Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen Meichsner über das deutschlandpolitische Koordinierungsgespräch</p> <p>In dem Gespräch konstatiert Bundesminister Windelen, dass die Politik der DDR derzeit ein widersprüchliches Bild biete. Nach einem Rückblick auf den Besuch Mittags in Bonn (vgl. Nr. 173 und 174) wird zunächst ausführlich über die Ausreisewelle gesprochen. Weitere Gesprächsthemen sind die Luftverkehrsbeziehungen mit der DDR, die Frage der Elbe-Grenze (vgl. Nr. 180), die Reduzierung der Versalzung der Werra und die Zurückweisung von Polizeifahrzeugen im Transitverkehr von und nach Berlin (West).</p>	638
180	2. 5. 1984	<p>Protokoll über das deutschlandpolitische Koordinierungsgespräch, Abschnitt zur Elbe-Grenze</p> <p>In dem separaten Teil des Protokolls wird festgehalten, dass die Standpunkte von Bundesrepublik und DDR in der Frage der Elbe-Grenze noch immer unvereinbar seien. Die DDR erwarte eine Antwort auf ihre Demarche vom 15. Februar 1984. Eine interministerielle Arbeitsgruppe wird eingesetzt, um sich mit der Frage zu befassen.</p>	643
181	4. 5. 1984	<p>Bericht des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Washington Hermes an das Auswärtige Amt</p> <p>Hermes berichtet über ein Gespräch zwischen Kastrup und Mitarbeitern des amerikanischen Außenministeriums über den Umgang mit Zufluchtuchenden in den amerikanischen Botschaften in Ostblockstaaten. Die USA seien von ihrer Haltung nicht abgerückt, so dass es auch nicht zu einer informellen Absprache über einen Verfahrensmodus gekommen sei. Uneinigkeit bestehe vor allem über die sog. Fristenregelung.</p>	645
182	4. 5. 1984	<p>Protokoll über die vierte Runde der Kulturverhandlungen</p> <p>Im Mittelpunkt der vierten Runde der Kulturverhandlungen steht die Besprechung der einzelnen Artikel der Präambel anhand der von beiden Seiten vorgelegten Entwürfe. Die DDR-Delegation unterstreicht die Bedeutung der Nennung bestimmter politischer Prinzipien in der Präambel. Um die Verhandlungen zügig voranzubringen, werden Expertengespräche über einzelne Sachfragen angeregt. Die DDR-Delegation übergibt einen Entwurf für den gesamten Abkommenstext (Nr. 182A).</p>	647
182A		<p>Anlage 1</p> <p>Entwurf der DDR-Delegation für das Kulturabkommen.</p>	657
182B		<p>Anlage 2</p> <p>Entwurf der bundesdeutschen Delegation für Artikel 4–15 des Kulturabkommens.</p>	659

- 183 4. 5. 1984 Vermerk des Leiters des Arbeitsstabs Deutschlandpolitik im Bundeskanzleramt von Richthofen über das Gespräch mit dem stellvertretenden Leiter der Ständigen Vertretung der DDR Schindler 661
- Von Richthofen hält fest, dass Schindler in dem Gespräch über die Zufluchtsfälle eine „Kampagne“ beklagt habe, die in der Bundesrepublik Deutschland gegen die DDR geführt werde, und den Vorwurf zurückgewiesen habe, die DDR blockiere den Zugang zur Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland. Die DDR allein sei in Ausreisefragen entscheidungsbefugt. Von Richthofen habe auf die starke Polizeipräsenz um die Ständige Vertretung und Fälle von Verhaftungen hingewiesen.
- 184 31. 5. 1984 Bericht des Leiters der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland Bräutigam an das Bundeskanzleramt über die Gespräche mit dem Abteilungsleiter BRD im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der DDR Seidel und mit Rechtsanwalt Vogel 664
- Bräutigam berichtet aus Gesprächen über die Situation in der Ständigen Vertretung. Dort hielten sich nunmehr 16 DDR-Bürger auf, die sich weigerten, das Gebäude wieder zu verlassen. Ohne weitere Zusicherungen der DDR seien diese Fälle nicht zu lösen. In dem Gespräch mit Vogel habe er diesen um Vermittlung gebeten, doch Vogel habe erwidert, er habe kein Mandat für entsprechende Verhandlungen. Er habe dazu geraten, den Zufluchtsuchenden von vornherein den Zugang zur Vertretung zu verwehren.
- 185 7. 6. 1984 Mitteilung des Bayerischen Ministerpräsidenten Strauß an den Staatssekretär im Ministerium für Außenhandel der DDR Schalck-Golodkowski 667
- Nach einer Pause von mehreren Wochen teilt Strauß nunmehr mit, dass Kohl entschlossen sei, den zweiten Milliardenkredit vor dem geplanten Besuch Honeckers im September zu realisieren. Er wolle sich dazu mit den Parteivorsitzenden von CSU und FDP abstimmen. Strauß regt ein abschließendes Gespräch zwischen ihm selbst, Jenninger und Schalck-Golodkowski an.
- 186 8. 6. 1984 Bericht des Leiters der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland Bräutigam an das Bundeskanzleramt 668
- Bräutigam berichtet über die Lage in der Ständigen Vertretung, in der sich nun 26 Zufluchtsuchende aufhielten, die ihre Ausreise erzwingen wollten. Er befürchte eine „kritische Situation“, wenn es nicht bald zu einer Verhandlungslösung komme.
- 187 14. 6. 1984 Protokoll über das Gespräch des Generalsekretärs des Zentralkomitees der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR Honecker mit dem Generalsekretär des Zentralkomitees der KPdSU und Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR Tschernenko in Moskau (Auszug) 670
- Tschernenko und Honecker besprechen den Stand der beiderseitigen Beziehungen im Hinblick auf den geplanten Besuch Honeckers in der Bundesrepublik. Tschernenko warnt vor der Ausweitung der gesellschaftlichen Kontakte mit der Bundesrepublik. Honecker bekräftigt, an der Abgrenzungspolitik festhalten zu wollen. Tschernenko rät ihm von dem geplanten Besuch ab.

- | | | | |
|------|-------------|--|-----|
| 188 | 15. 6. 1984 | Bericht des Leiters der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland Bräutigam an das Bundeskanzleramt

Bräutigam berichtet über die aktuelle Lage in der Ständigen Vertretung, in der sich inzwischen 33 Zufluchtsuchende aufhielten. Die Stimmung sei zunehmend angespannt. Er fürchtet um die Arbeitsfähigkeit der Vertretung und die Versorgung der Zufluchtsuchenden und dringt erneut auf eine Verhandlungslösung mit der DDR. | 681 |
| 189 | 15. 6. 1984 | Schreiben des Staatssekretärs im Ministerium für Außenhandel der DDR Schalck-Golodkowski an das Mitglied des Politbüros des Zentralkomitees der SED Mittag

Für das bevorstehende Gespräch mit Strauß und Jenninger (vgl. Nr. 190) bittet Schalck-Golodkowski um Vollmachten. Er erwartet, dass der Finanzkredit, der bevorstehende Besuch Honeckers in der Bundesrepublik, die Zufluchtsfälle sowie die Fortsetzung des Gesprächskontakts angesprochen werden. | 682 |
| 189A | | Anlage 1

Maßnahmenkatalog der DDR-Regierung als Gegenleistung für den zweiten Milliardenkredit: Zu den zentralen Punkten gehören die Fortsetzung des Abbaus der Selbstschussanlagen an der innerdeutschen Grenze sowie die Senkung des Mindestumtauschs für Rentner auf 15 DM, daneben verschiedene Erleichterungen im innerdeutschen Reise- und Besucherverkehr. | 683 |
| 189B | | Anlage 2

Erklärung der Regierung der DDR: Es wird angekündigt, den Grenzübergang Staaken bis zum Jahresende 1987 offenzuhalten. | 685 |
| 190 | 18. 6. 1984 | Vermerk des Staatssekretärs im Ministerium für Außenhandel der DDR Schalck-Golodkowski über das Gespräch mit dem Staatsminister beim Bundeskanzler, Jenninger, und dem Bayerischen Ministerpräsidenten Strauß in München

Schalck-Golodkowski gibt wieder, was Strauß aus seinem Gespräch mit Kohl und Genscher am 14. Juni 1984 berichtet habe. Sie seien sich einig gewesen, dass der Besuch Honeckers stattfinden solle, und hätten dafür der Auszahlung des geplanten Kredits über 2 Mrd. zugestimmt. Der Maßnahmenkatalog der DDR (Nr. 189A) sei als Gegenleistung vereinbart worden, ohne ein Junktim herzustellen. Darüber hinaus sei über die Lage in der Ständigen Vertretung gesprochen worden. | 686 |
| 191 | 22. 6. 1984 | Vermerk des Staatssekretärs im Ministerium für Außenhandel der DDR Schalck-Golodkowski über das Gespräch mit dem Staatsminister beim Bundeskanzler, Jenninger

Schalck-Golodkowski fasst die Ergebnisse eines abschließenden Gesprächs mit Jenninger über den zweiten Milliardenkredit zusammen. Die Bankenverträge über die erste Tranche sollen noch im Juni, die über die zweite Tranche im August abgeschlossen werden. Der Besuch Honeckers in der Bundesrepublik sei zugesagt worden, ebenso eine Erklärung über die Offenhaltung des Grenzübergangs Staaken sowie die Umsetzung der schon früher angekündigten Maßnahmen im Reise- und Besucherverkehr. Ein weiteres Gesprächsthema seien die Zufluchtsfälle in der Ständigen Vertretung gewesen. | 692 |

- 192 27. 6. 1984 Protokoll über die fünfte Runde der Kulturverhandlungen 696
 DDD-Delegationsleiter Nier bilanziert zu Beginn den Verhandlungsstand nach mehreren Expertengesprächen. Uneinigkeit besteht noch über eine Reihe von Formulierungen in der Präambel sowie über die Einbeziehung gesamtdeutscher Projekte und des Kulturtourismus und Jugendaustauschs. Bräutigam unterstreicht, dass die Bundesrepublik diese Punkte aufzunehmen wünsche. Desweiteren wird über die Formulierung der Artikel 1–4 sowie 10 verhandelt.
- 192A Anlage 704
 Entwurf der DDR-Delegation für die Präambel des Kulturabkommens.
- 193 27. 6. 1984 Vermerk über das Gespräch zwischen dem Staatssekretär im 704
 Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen Rehlinger und Rechtsanwalt Vogel
 Es wird festgehalten, dass Rehlinger und Vogel über die Lösung der anstehenden Zufluchtsfälle in der Ständigen Vertretung beraten und sich über die weitere Vorgehensweise abgestimmt hätten. Vogel habe zugesagt, dass den Zufluchtsuchenden Straffreiheit und Ausreisegenehmigungen gewährt würden, wenn sie die Ständige Vertretung verließen und die Anträge bei den zuständigen Stellen in der DDR stellten.
- 194 2. 7. 1984 Protokoll des Ministerialdirektors im Ministerium für inner- 706
 deutsche Beziehungen Meichsner über das deutschlandpolitische Koordinierungsgespräch
 Im Mittelpunkt des Koordinierungsgesprächs stehen die Zufluchtsfälle in der Ständigen Vertretung sowie der geplante Besuch Honeckers in der Bundesrepublik Deutschland. Protokollfragen sind noch ungeklärt, und das gemeinsame Communiqué muss vorbereitet werden. Inhaltlich soll sich die Vorbereitung des Besuchs auf humanitäre Erleichterungen, Wirtschafts- und Umweltfragen konzentrieren.
- 195 3. 7. 1984 Protokoll des Wissenschaftlichen Mitarbeiters Stehr über die 711
 Besprechung einer Arbeitsgruppe der SPD-Bundestagsfraktion mit Mitgliedern der SED-Führung
 Voigt, Bahr, Axen u. a. erörtern ein mögliches Abkommen, das ergänzend zu den atomaren Abrüstungsbemühungen die Abschaffung von C-Waffen zum Ziel hat. Der Geltungsbereich eines solchen Abkommens für Mitteleuropa oder Europa bleibt noch zu klären.
- 196 4. 7. 1984 Mitteilung des Staatssekretärs im Ministerium für Außenhan- 716
 del der DDR Schalck-Golodkowski an den Bayerischen Ministerpräsidenten Strauß
 Schalck-Golodkowski informiert Strauß über eine Mitteilung von Jenninger: Kohl wolle die Unterzeichnung des Vertrags über den Milliardenkredit bis nach seiner Rückkehr von einer Auslandsreise am 12. Juli 1984 aufschieben. Immer mehr Informationen würden der Presse bekannt. Schalck-Golodkowski drängt auf die termingerechte Einhaltung der Vereinbarungen, ohne dass die Forderungen von bundesdeutscher Seite nachträglich aufgestockt würden.
- 197 17. 7. 1984 Vermerk des Präsidenten der Außenhandelsbank der DDR 718
 Polze
 Polze berichtet über die Unterzeichnung des Kreditvertrags mit der Deutschen Bank Luxemburg. Die Bundesbürgschaft und die Genehmigung durch die Bundesbank lägen noch nicht vor, sollten aber kurzfristig geregelt werden, damit der Vertrag noch im Juli in Kraft treten könne.

- 198 17. 7. 1984 Vermerk des Staatssekretärs im Ministerium für Außenhandel der DDR Schalck-Golodkowski über das Telefongespräch mit dem Staatsminister beim Bundeskanzler, Jenninger 719
Schalck-Golodkowski hält fest, er habe der Bundesregierung vorgeworfen, die Unterzeichnung des Kreditvertrags verzögert zu haben. Die bundesdeutsche Seite habe noch nicht alle Voraussetzungen erfüllt, damit der Vertrag in Kraft treten könne. Jenninger habe den zeitlichen Ablauf des Procedere auf bundesdeutscher Seite erläutert und Schalck-Golodkowski der Zuverlässigkeit des Bundeskanzlers versichert.
- 199 18. 7. 1984 Vermerk des Staatssekretärs im Ministerium für Außenhandel der DDR Schalck-Golodkowski über das Telefongespräch mit dem Staatsminister beim Bundeskanzler, Jenninger 721
Schalck-Golodkowski vermerkt, dass Jenninger ihm mitgeteilt habe, alle notwendigen Voraussetzungen seien nunmehr erfüllt, damit die Kreditvereinbarung am folgenden Tag gegenüber der Außenhandelsbank der DDR offiziell bestätigt werden könne. In der Zwischenzeit habe es ernste Auseinandersetzungen mit zwei Staatssekretären wegen Indiskretionen gegeben.
- 200 18. 7. 1984 Vermerk des Leiters der Ständigen Vertretung der DDR Moldt über das Gespräch mit dem Staatsminister beim Bundeskanzler, Jenninger 722
Moldt hält fest, dass er sich mit Jenninger über den Ablauf des geplanten Besuchs Honeckers in der Bundesrepublik Deutschland verständigt habe. Er sei als Arbeitsbesuch, nicht als Heimatbesuch geplant. Honecker solle in Bonn empfangen und verabschiedet werden, die Arbeitsgespräche sollten in Bad Kreuznach stattfinden.
- 201 19. 7. 1984 Vermerk des Leiters der Abteilung Innerdeutscher Zahlungsverkehr der Bundesbank Plassmann über das Gespräch des Staatsministers beim Bundeskanzler, Jenninger, mit dem Präsidenten der Bundesbank Pöhl 724
Es wird vermerkt, dass Jenninger die Entstehung des zweiten Milliardenkredits an die DDR und dessen Zusammenhang mit dem geplanten Besuch Honeckers erläutert habe. Pöhl habe ein Gespräch mit Experten der Bundesregierung über die „im Kern politische Genehmigungspraxis der Bundesbank“ angeregt.
- 202 19. 7. 1984 Vermerk des Staatssekretärs im Ministerium für Außenhandel der DDR Schalck-Golodkowski über das Telefongespräch mit dem persönlichen Referenten des Staatsministers beim Bundeskanzler, Gundelach 725
Schalck-Golodkowski zitiert die am Telefon geäußerte Zusage Gundelachs, dass der Kreditvertrag am folgenden Tag in Kraft treten könne. Die Angelegenheit unterliege politisch keinem Zweifel, lediglich die bürokratische Abwicklung benötige ihre Zeit.
- 203 19. 7. 1984 Protokoll über die sechste Runde der Kulturverhandlungen 726
Auf der Grundlage des zwischenzeitlich von einer Redaktionsgruppe vorgelegten Abkommensentwurfs werden erneut die Präambel sowie die Formulierung einer Reihe von Artikeln diskutiert. Uneinigkeit herrscht u. a. über die Einbeziehung von Schülern, Auszubildenden und Studierenden sowie des Hochschulsports.

- 204 20. 7. 1984 Bericht des Staatssekretärs im Ministerium für Außenhandel der DDR Schalck-Golodkowski an das Mitglied des Politbüros des Zentralkomitees der SED Mittag über das Telefongespräch mit dem Staatsminister beim Bundeskanzler, Jenninger 735
Schalck-Golodkowski berichtet, dass Jenninger in dem Telefongespräch die Verzögerung der Unterzeichnung des Kreditvertrags, die für den 19. Juli 1984 zugesagt worden war, damit erklärt habe, dass Kopper (Vorstandsmitglied der Deutschen Bank) nicht erreichbar gewesen sei. Jenninger erwarte aber, dass die Unterzeichnung nunmehr ohne weitere Verzögerung stattfinden könne.
- 205 26. 7. 1984 Mitteilung des Staatssekretärs im Ministerium für Außenhandel der DDR Schalck-Golodkowski an den Bayerischen Ministerpräsidenten Strauß 736
Schalck-Golodkowski informiert Strauß über den Stand der Abwicklung der Kreditvereinbarungen. Aufseiten der DDR herrsche Verärgerung darüber, dass der Vertrag über die Auszahlung der ersten Tranche erst mit dreiwöchiger Verzögerung unterzeichnet worden sei. Die DDR stehe dennoch zu ihren Zusagen. Schalck-Golodkowski drängt auf die vereinbarungsgemäße Abwicklung der zweiten Tranche und hebt den Zusammenhang mit dem geplanten Besuch Honeckers hervor.
- 206 31. 7. 1984 Protokoll des Leiters des Arbeitsstabs Deutschlandpolitik im Bundeskanzleramt von Richthofen über das Gespräch des Staatsministers beim Bundeskanzler, Jenninger, mit dem Bevollmächtigten der Evangelischen Kirche am Sitz der Bundesregierung Binder 737
Binder informiert Jenninger über eine Reise in die DDR und ein Gespräch mit Stolpe. Die evangelische Kirche in der DDR hoffe auf weitere humanitäre Verbesserungen wie Reiseerleichterungen. Die Zufluchtsfälle bereiteten Sorge. Die Kirche hoffe auf ein geordnetes Verfahren für Übersiedlungen in die Bundesrepublik.
- 207 1. 8. 1984 Vermerk des Staatssekretärs im Ministerium für Außenhandel der DDR Schalck-Golodkowski über das Gespräch mit dem Staatsminister beim Bundeskanzler, Jenninger 740
Schalck-Golodkowski schildert, dass er mit Jenninger über den Stand der innerdeutschen Beziehungen vor dem Hintergrund der noch ausstehenden zweiten Tranche des zweiten Milliardenkredits und des bevorstehenden Arbeitsbesuchs Honeckers gesprochen habe. Themen seien der innerdeutsche Handel, die Zufluchtsfälle, Umweltschutzfragen sowie die Instandsetzung von Autobahn-Transitstrecken gewesen. Außerdem sei der Ablauf des Honecker-Besuchs besprochen worden.
- 207A Anlage 1 745
Dargelegter Standpunkt der DDR: Die DDR hat mit ihrer Erklärung zur Offenhaltung des Grenzübergangs Staaken ihre Zusagen erfüllt, die Bundesregierung jedoch durch die Verzögerung der Unterzeichnung des Kreditvertrags gegen die Vereinbarung verstoßen. Die DDR dringt auf den Abschluss des Bankenvertrags über die zweite Kredit-Tranche im August 1984.

- | | | |
|------|--|-----|
| 207B | Anlage 2 | 746 |
| | Darlegungen zum weiteren Offenhalten der Grenzübergangsstelle Staaken: Die DDR hat sich bereit erklärt, den für den Transitverkehr wichtigen Grenzübergang Staaken bis Ende 1987 offen zu halten. Im Gegenzug erwartet sie, dass die Bundesrepublik die notwendigen Straßeninstandsetzungsarbeiten auf der Zufahrtsstrecke übernimmt. | |
| 207C | Anlage 3 | 748 |
| | Vorschläge vonseiten der Bundesregierung für Gesprächsthemen: Für die Gespräche zwischen Kohl und Honecker nennt Jenninger als Themenwünsche zum einen humanitäre Fragen wie Familienzusammenführung, Reiseerleichterungen und den Mindestumtausch und zum anderen sachliche Aspekte, darunter vor allem Umwelt- und Kulturfragen. | |
| 207D | Anlage 4 | 749 |
| | Entwurf einer Gemeinsamen Erklärung zum Abschluss des geplanten Treffens zwischen Kohl und Honecker: Der Entwurf sieht vor, dass sich Bundesrepublik Deutschland und DDR zu ihrer gemeinsamen Verantwortung für Frieden und Sicherheit in Europa und der Welt bekennen und darüber hinaus weitere Kooperation vor allem in den Bereichen der menschlichen Begegnungen, des Umweltschutzes, der wirtschaftlichen Beziehungen und der Kultur vereinbaren. | |
| 208 | 1. 8. 1984 | 751 |
| | Bericht des Staatssekretärs im Ministerium für Außenhandel der DDR Schalck-Golodkowski an den Minister für Staatssicherheit der DDR Mielke über das Gespräch mit dem Staatsminister beim Bundeskanzler, Jenninger
Schalck-Golodkowski berichtet aus Gesprächen mit Jenninger und dessen persönlichem Referenten Gundelach, dass die Auszahlung der ersten Kredit-Tranche in der Bundesrepublik auf politische Widerstände gestoßen sei. Kohl neige dazu, gegebene Zusagen wieder zurückzunehmen. Strauß werde voraussichtlich als Vizekanzler in die Regierung eintreten und seinen Einfluss auf Kohl möglicherweise verstärken können. | |
| 209 | 3. 8. 1984 | 753 |
| | Vorlage des Ministerialrats Germelmann an den Chef des Bundeskanzleramtes Schreckenberger
Germelmann hält fest, dass für den geplanten Besuch Honeckers in der Bundesrepublik Haushaltsmittel bereitgestellt werden müssten, für die es im Etat des Bundeskanzleramts keinen Titel gebe. Er plädiert dafür, die Mittel im Etat des BMB zu veranschlagen. | |
| 210 | 14. 8. 1984 | 754 |
| | Vermerk des Staatssekretärs im Ministerium für Außenhandel der DDR Schalck-Golodkowski über das Gespräch mit dem Leiter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland Bräutigam
Schalck-Golodkowski hält fest, dass Bräutigam die Bereitschaft der Bundesregierung erklärt habe, ihren Standpunkt zu den Umweltgesprächen mitzuteilen. Im Einzelnen gehe es um Maßnahmen zur Entsalzung der Werra, zur Vermeidung der Versenkung von Kaliendlaugen, zur Verbesserung der Sicherheit im Bergbau sowie zum grenzüberschreitenden Kaliabbau. Die Gespräche sollten zunächst auf informeller Ebene geführt werden. | |

- 211 16. 8. 1984 Protokoll über die siebte Runde der Kulturverhandlungen 756
 Auf der Grundlage der vorliegenden Entwürfe werden Formulierungen der Präambel und der einzelnen Artikel debattiert. Uneinigkeit besteht u. a. noch immer über die Frage der Rückführung kriegsbedingt verlagert Kulturgüter, die Einbeziehung von Schülern und Auszubildenden in das Abkommen, den Geltungsbereich des Abkommens auf dem Feld des Sports sowie die Gründung eines Kulturinstituts.
- 212 17. 8. 1984 Schreiben des Staatssekretärs im Auswärtigen Amt Ruhfus an den Staatssekretär im Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen Rehlinger 761
 Ruhfus weist den von Rechtsanwalt Vogel erhobenen Vorwurf zurück, die Mitarbeiter der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Prag bemühten sich nicht ausreichend darum, DDR-Bürger zum Verlassen der Botschaft zu bewegen. Die Ursache für die steigende Zahl an Zufluchtsfällen sieht er vielmehr in der Ausreisep Praxis der DDR.
- 213 17. 8. 1984 Protokoll über das Gespräch des Generalsekretärs des Zentralkomitees der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR Honecker mit dem Generalsekretär des Zentralkomitees der KPdSU und Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR Tschernenko in Moskau (Auszug) 763
 Die Teilnehmer erörtern das Verhältnis der DDR zur Bundesrepublik Deutschland vor dem Hintergrund der Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen. Tschernenko kritisiert, dass die DDR sich durch die Kredite von der Bundesrepublik abhängig mache und dieser durch Erleichterungen im Reiseverkehr unnötig entgegenkomme. Er rät Honecker von seinem Besuch ab. Honecker verteidigt die Politik seiner Regierung und kritisiert einen in der „Prawda“ erschienenen Artikel über seine Westpolitik.
- 214 [21. 8. 1984] Vermerk des Staatssekretärs im Ministerium für Außenhandel der DDR Schalck-Golodkowski 788
 Schalck-Golodkowski nennt Argumente dafür, den geplanten Besuch Honeckers in der Bundesrepublik auf einen späteren Zeitpunkt zu verschieben: Das Arbeitstreffen könnte im Kontext der angespannten internationalen Sicherheitslage die Illusion einer Entspannung hervorrufen. Die Bundesregierung wolle bei dem Besuch mehr über Umweltfragen als über das Rüstungsthema sprechen. In für die DDR entscheidenden Fragen (Geraer Forderungen) zeige sie keinerlei Entgegenkommen.
- 215 23. 8. 1984 Mitteilung des Bundeskanzlers Kohl an den Generalsekretär des Zentralkomitees der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR Honecker 790
 Vermerk über einen Telefonanruf Jennings, der eine Botschaft von Kohl an Honecker übermittelt habe: Kohl hoffe, dass der Besuch Honeckers einen Beitrag zur Friedenssicherung in Europa leisten könne. Er bitte um die Fortsetzung der Vorbereitungen in diskreter Form. Er stehe zu seiner Zusage, „die Operation fortzusetzen“, d. h. die zweite Tranche des Milliardenkredits abzuwickeln, wolle damit jedoch bis nach dem Besuch Honeckers warten.

216	31. 8. 1984	Weisung des Staatssekretärs im Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen Rehlinger an den Ministerialdirektor Baumgärtel Rehlinger lässt dem Auswärtigen Amt mitteilen, dass das Verfahren zur Lösung der Zufluchtsfälle – Vermittlung von Ausreisegenehmigungen gegen Zahlungen an die DDR – nicht aufrechterhalten werden könne. Die finanziellen Mittel seines Ministeriums seien erschöpft, außerdem bedeute das Verfahren eine Bevorzugung Einzelner gegenüber anderen ausreisewilligen DDR-Bürgern.	791
217	5. 9. 1984	Bericht des Leiters der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland Bräutigam an das Bundeskanzleramt Bräutigam berichtet von seinen Erkenntnissen und Vermutungen über die Gründe für die Absage des Honecker-Besuchs. Den Hauptgrund sieht er in der Haltung der sowjetischen Regierung. Eine „klimatische Abkühlung“ in den deutsch-deutschen Beziehungen infolge der Absage hält er für unvermeidlich, sieht aber die längerfristigen Interessen der Bundesrepublik Deutschland nicht zwingend beeinträchtigt und wertet die Absage insgesamt nicht als „politischen Rückschlag“.	792
218	6. 9. 1984	Schreiben des Mitglieds des Deutschen Bundestages Kelly an den Generalsekretär des Zentralkomitees der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR Honecker Kelly, der wenige Wochen zuvor die Einreise in die DDR verweigert worden war, appelliert an Honecker, die inhaftierten Mitglieder der Friedensbewegung in der DDR freizulassen. Sie erinnert an das gemeinsame Ziel, den Frieden in der Welt zu sichern, und verlangt eine Erklärung für ihr Einreiseverbot.	796
219	7. 9. 1984	Protokoll des Ministerialdirektors im Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen Meichsner über das deutschlandpolitische Koordinierungsgespräch Gesprächsthemen sind u. a. die Absage des Honecker-Besuchs, die finanzielle Beteiligung der Bundesrepublik an der Erneuerung eines Abschnitts der Südtransitautobahn, Umweltfragen, der Jugendaustausch und das Problem der „subversiven Tätigkeit“ beteiligter Jugendlicher aus der DDR, die Gefährdung mittelständischer Unternehmen durch Warenlieferungen aus der DDR sowie der Stand der Kulturverhandlungen.	799
220	7. 9. 1984	Protokoll über das deutschlandpolitische Koordinierungsgespräch, Abschnitt zur Elbe-Grenze In dem separaten Teil des Protokolls wird festgehalten, dass die von der interministeriellen Arbeitsgruppe entwickelte Argumentationslinie zum Grenzverlauf der Elbe am Nordostufer kritisiert und eine neue Argumentationslinie in Auftrag gegeben worden sei. Mit der DDR sollen Gespräche über einen modus vivendi zur Nutzung der Elbe aufgenommen werden.	806
221	10. 9. 1984	Mitteilung des Staatssekretärs im Ministerium für Außenhandel der DDR Schalck-Golodkowski an den Staatsminister beim Bundeskanzler, Jenninger Schalck-Golodkowski versichert, dass die DDR ihre Zusagen hinsichtlich des verlängerten Aufenthalts von Rentnern in der Bundesrepublik einhalte. Er drängt auf die Abwicklung der vereinbarten zweiten Tranche des Milliardenkredits.	807

- 222 13. 9. 1984 Protokoll über die achte Runde der Kulturverhandlungen 808
 Im Mittelpunkt der Verhandlungsrunde stehen die Frage der Rückführung kriegsbedingt verlagertes Kulturgüter, die Zuständigkeiten im Bereich des Sports und die noch immer ungelöste Frage, ob Vereinbarungen zum Jugendaustausch getroffen werden sollen. Die Verhandlungspartner beharren weitgehend auf ihren Positionen.
- 223 13. 9. 1984 Vermerk des Leiters des Arbeitsstabs Deutschlandpolitik im Bundeskanzleramt von Richthofen über das Gespräch mit dem stellvertretenden Leiter der Ständigen Vertretung der DDR Schindler 815
 Von Richthofen gibt die scharfe Kritik Schindlers an der Behandlung der Zufluchtsfälle in Prag und Budapest wieder. Schindler werfe den Mitarbeitern der Botschaft völkerrechtswidriges Verhalten vor, da sie DDR-Bürger über längere Zeit beherbergten und ihnen Ausreiseperspektiven aufzeigten, anstatt sie zum Verlassen der Botschaften aufzufordern. Von Richthofen habe den Vorwurf zurückgewiesen und die Vorgehensweise der Botschaftsmitarbeiter erläutert.
- 224 20. 9. 1984 Schreiben des Generalsekretärs des Zentralkomitees der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR Honecker an das Mitglied des Deutschen Bundestages Kelly 821
 In seiner Antwort auf das Schreiben von Kelly (Nr. 218) versichert Honecker diese seiner Sympathie und sagt zu, die Anweisungen an die Grenzbeamten so zu verändern, dass Bundestagsabgeordnete der Grünen ebenso behandelt würden wie die der anderen Fraktionen. Zugleich pocht er auf die Einhaltung der Gesetze in der DDR und erläutert deren schwieriges Verhältnis zur Bundesrepublik.
- 225 21. 9. 1984 Vermerk des Leiters des Arbeitsstabs Deutschlandpolitik im Bundeskanzleramt von Richthofen über das Gespräch mit dem stellvertretenden Leiter der Ständigen Vertretung der DDR Schindler 823
 Von Richthofen übergibt Schindler die Antwort der Bundesregierung auf die Demarche vom 13. 9. 1984 (vgl. Nr. 223). Die Ursache für die Zufluchtsfälle liege in der Verantwortung der DDR. Schindler habe diese Sichtweise zurückgewiesen. Weitere Gesprächsthemen seien die Deutrans sowie die schleppende Abfertigung von Ministerpräsident Barschel an der innerdeutschen Grenze gewesen.
- 226 25. 9. 1984 Bericht des Leiters der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland Bräutigam an das Bundeskanzleramt 825
 Bräutigam schildert seine Einschätzung der politischen Stimmung in der DDR nach der Absage des Honecker-Besuchs. Er vermutet Irritationen zwischen Berlin (Ost) und Moskau, die für die Absage ausschlaggebend gewesen seien und in der DDR zu großer Unsicherheit hinsichtlich der innerdeutschen Beziehungen geführt hätten. Er konstatiert ein gewachsenes Selbstbewusstsein der DDR-Führung gegenüber Moskau. Honeckers politischer Spielraum könnte sich gleichwohl verringert haben.

C *Verzeichnis der Dokumente*

- | | | | |
|-----|--------------|--|-----|
| 227 | 2. 10. 1984 | Bericht des Leiters der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland Bräutigam an das Bundeskanzleramt
Bräutigam berichtet über ein Gespräch mit einem führenden Mitglied der evangelischen Kirche in der DDR. Sein Gesprächspartner habe eine gewisse Entspannung zwischen Staat und Kirche geschildert, die er auf die Person Honeckers zurückführe. Dagegen seien evangelische Christen in der DDR zunehmend irritiert über die Politik der Bundesregierung und befürchteten, dass die „gespenstische Debatte über eine Wiedervereinigung“ die Zusammenarbeit zwischen den beiden deutschen Staaten ernsthaft gefährde. | 829 |
| 228 | 11. 10. 1984 | Vermerk des Leiters des Arbeitsstabs Deutschlandpolitik im Bundeskanzleramt von Richthofen über das Gespräch mit dem stellvertretenden Leiter der Ständigen Vertretung der DDR Schindler
Von Richthofen schildert, dass Schindler erneut den Standpunkt der DDR in der Frage der Zufluchtsfälle in Prag erläutert habe. Die DDR verlange die Ausweisung der DDR-Bürger aus der Deutschen Botschaft und sichere ihnen Straffreiheit zu. Er selbst habe auf die bekannte Position der Bundesrepublik in dieser Frage verwiesen und die Hoffnung geäußert, dass das Problem der übermäßigen Anzahl Ausreisewilliger auf anderem Wege gelöst werde. | 831 |
| 229 | 12. 10. 1984 | Bericht des Leiters der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland Bräutigam an das Bundeskanzleramt
Bräutigam berichtet über die 46 Zufluchtsfälle in der Ständigen Vertretung seit dem 31. Juli 1984. 38 Personen hätten dazu veranlasst werden können, die Vertretung wieder zu verlassen, was er nicht zuletzt auf die psychologische Wirkung der neu gestalteten Besucherräume zurückführt. Acht Personen seien an Rechtsanwalt Vogel vermittelt worden. | 833 |
| 230 | 12. 10. 1984 | Information des Staatssekretärs im Ministerium für Außenhandel der DDR Schalck-Golodkowski über eine Mitteilung des Bayerischen Ministerpräsidenten Strauß
Schalck-Golodkowski gibt eine Mitteilung von Strauß wieder, nach der dieser sich um die Auszahlung der vereinbarten zweiten Tranche des Milliardenkredits bemühe. | 834 |
| 231 | 15. 10. 1984 | Vermerk des Staatssekretärs im Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen Rehlinger über die Telefongespräche mit Rechtsanwalt Vogel
Rehlinger hält fest, dass er vor dem Hintergrund neuer Zufluchtsfälle in der Prager Botschaft, in der sich inzwischen 154 DDR-Bürger aufhielten, auf ein persönliches Gespräch mit Vogel gedrungen habe. Vogel habe angekündigt, dass in der Angelegenheit eine Entscheidung der DDR-Führung unmittelbar bevorstehe. In einem weiteren Telefongespräch gegen Abend habe er dies bestätigt: Die DDR-Führung sei nicht zu weiteren Zugeständnissen bereit und sichere den Rückkehrern lediglich Straffreiheit zu. | 835 |
| 232 | 24. 10. 1984 | Vermerk des Staatssekretärs im Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen Rehlinger
Rehlinger schildert seine Eindrücke von einem Besuch in der Prager Botschaft und Gesprächen mit den Zufluchtsuchenden. Lediglich eine schwangere Frau und ihr Verlobter hätten die Botschaft nach einem Gespräch mit Rechtsanwalt Vogel verlassen. Die meisten anderen hofften dagegen auf weitere Zugeständnisse seitens der DDR und weigerten sich, in ihre Heimatorte zurückzukehren. | 837 |

- 233 24. 10. 1984 Vermerk des Staatssekretärs im Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen Rehlinger 838
 Rehlinger fasst die Entwicklung der Zufluchtsfälle seit dem Herbst 1982 zusammen. Die schnelle Bewilligung der Ausreiseanträge in den ersten Fällen habe eine Sogwirkung entfacht, die – verstärkt durch die Berichterstattung in den westlichen Medien – zu immer neuen Zufluchtsfällen geführt habe. Die DDR wolle nunmehr keine pauschalen Zusagen für Ausreisegenehmigungen mehr machen. Rehlinger mahnt eine Entscheidung der Bundesregierung über ihre weitere Vorgehensweise an.
- 234 31. 10. 1984 Vermerk des Ministerialdirektors im Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen Meichsner 842
 Vor dem Hintergrund der nicht abreißen den Zufluchtsfälle und der restriktiveren Haltung der DDR-Regierung erörtert Meichsner den Handlungsspielraum der Bundesregierung. Nur der großzügigere Umgang mit Ausreiseanträgen durch die DDR sowie größere Freizügigkeit zwischen Ost und West könnten den Strom der Zufluchtsuchenden stoppen. Meichsner macht konkrete Vorschläge für die Gesprächsführung mit den DDR-Behörden sowie die Darstellung der Angelegenheit in der Öffentlichkeit.
- 235 2. 11. 1984 Protokoll des Leiters des Arbeitsstabs Deutschlandpolitik im Bundeskanzleramt von Richthofen über das Gespräch mit dem stellvertretenden Leiter der Ständigen Vertretung der DDR Schindler 846
 Von Richthofen vermerkt, dass er das Gespräch als konstruktiv empfunden habe. Er und Schindler hätten sich gegenseitig der Absicht ihrer jeweiligen Regierungen versichert, an dem eingeschlagenen Kurs der Zusammenarbeit und des Dialogs festzuhalten. Im Einzelnen hätten sie u. a. über den abgesagten Honecker-Besuch, die Frage der Reisefreiheit und die Zufluchtsfälle gesprochen.
- 236 3. 11. 1984 Bericht des Beauftragten für Asienpolitik Keil und des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Neu-Delhi Schödel an das Auswärtige Amt über das Gespräch des Bundesministers des Auswärtigen Genscher mit dem Präsidenten der Volkskammer der DDR Sindermann in Neu-Delhi 852
 Berichtet wird über ein Gespräch am Rande des Begräbnisses der indischen Premierministerin Gandhi. Mit kontroversen Positionen hätten Genscher und Sindermann die Rolle von Bundesrepublik und DDR im Rahmen der internationalen Abrüstungsverhandlungen sowie die Bedeutung des Umweltschutzes erörtert. Genscher habe auf eine Lösung des Problems der Botschaftsflüchtlinge gedrängt, worauf Sindermann auf der Anerkennung der DDR-Staatsbürgerschaft beharrt habe.
- 237 20. 11. 1984 Vermerk des Staatssekretärs im Ministerium für Außenhandel der DDR Schalck-Golodkowski über das Gespräch mit dem Bayerischen Ministerpräsidenten Strauß in München 857
 Schalck-Golodkowski hält fest, dass er mit Strauß zunächst die internationale Lage erörtert habe. Strauß habe danach Vermutungen über den Ausgang der kommenden Wahlen geäußert und es als ein Glück für Kohl bezeichnet, dass er aufseiten der SPD keine stärkeren Gegner habe. Strauß habe eingeräumt, dass die Bundesrepublik ihre Zusagen hinsichtlich des zweiten Milliardenkredits nicht vollständig eingehalten habe, und angekündigt, dass er sich persönlich für weitere Zahlungen einsetzen werde.

- 238 22. 11. 1984 Protokoll über die neunte Runde der Kulturverhandlungen 861
 Im Mittelpunkt der Verhandlungsrunde stehen die Formulierung des Artikels 1 zu Verfahrensfragen sowie die Themen Sport, Jugendaustausch und kriegsbedingt verlagerte Kulturgüter. Beide Seiten unterstreichen ihre Absicht, die Verhandlungen zu einem Ergebnis zu führen, können sich in den meisten Punkten aber weiterhin nicht einigen. Bei der Formulierung des Artikels 1 wird ein Kompromiss gefunden.
- 239 23. 11. 1984 Protokoll des Ministerialdirektors im Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen Meichsner über das deutschlandpolitische Koordinierungsgespräch 866
 Die Teilnehmer sprechen u. a. über ein Gesetz zur Ergänzung des Militärregierungsgesetzes 53 (Devisenbewirtschaftung und Kontrolle des Güterverkehrs), die Abreden zum grenzüberschreitenden Kaliabbau, die Instandsetzung mehrerer Autobahnabschnitte in Thüringen, Fragen des Jugendaustauschs, die Beteiligung der Länder an Verhandlungen mit der DDR sowie die Reparatur der Glienicker Brücke in Berlin.
- 240 23. 11. 1984 Protokoll über das deutschlandpolitische Koordinierungsgespräch, Abschnitt zur Elbe-Grenze 871
 In dem separaten Teil des Protokolls wird festgehalten, dass die überarbeitete Argumentationslinie zum Grenzverlauf der Elbe am Nordostufer gebilligt worden sei. Auf dieser Grundlage sollen Gespräche mit der DDR aufgenommen werden.
- 241 28. 11. 1984 Vermerk des Staatssekretärs im Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen Rehlinger 872
 Rehlinger schildert seinen Besuch in der Prager Botschaft. Ein „harter Kern“ von Ausreisewilligen gebe sich kompromisslos und wolle trotz aller Überzeugungsversuche in der Botschaft ausharren. Mit zunehmender Aufenthaltsdauer würden die Kontaktmöglichkeiten mit Angehörigen im Westen immer wichtiger. Die Vorgehensweise der Bundesregierung werde von dem „harten Kern“ mit wachsender Kritik betrachtet.
- 242 29. 11. 1984 Mitteilung des Bayerischen Ministerpräsidenten Strauß an den Staatssekretär im Ministerium für Außenhandel der DDR Schalck-Golodkowski 875
 Strauß informiert Schalck-Golodkowski über ein Gespräch mit dem neuen Chef des Bundeskanzleramtes Schäuble. Unter anderem habe er Schäuble informiert, dass die Bundesrepublik Deutschland der DDR in den Verhandlungen um den zweiten Milliardenkredit zwei Tranchen zu je rund 1 Mrd. DM zugesagt habe. Strauß regt ein persönliches Gespräch zwischen Schäuble und Schalck-Golodkowski an.
- 243 5. 12. 1984 Vermerk des Staatssekretärs im Ministerium für Außenhandel der DDR Schalck-Golodkowski über das Gespräch mit Rechtsanwalt Vogel und dem Chef des Bundeskanzleramtes Bundesminister Schäuble 876
 Schalck-Golodkowski vermerkt, dass humanitäre Fragen im Mittelpunkt des Gesprächs gestanden hätten. Schäuble habe sich als gut informierter, ehrgeiziger und pragmatischer Politiker gezeigt. Unter dem Eindruck des bevorstehenden Weihnachtsfestes hätten sie vor allem über Möglichkeiten für Haftentlassungen auf beiden Seiten gesprochen und Auswege aus der festgefahrenen Situation der Zufluchtsfälle erörtert.

- 244 6. 12. 1984 Mitteilung des Staatssekretärs im Ministerium für Außenhandel der DDR Schalck-Golodkowski an den Bayerischen Ministerpräsidenten Strauß 878
Schalck-Golodkowski informiert Strauß in knapper Form über sein Gespräch mit Schäuble am Vortag (vgl. Nr. 243). Sie hätten auch über den Milliardenkredit gesprochen, und Schäuble habe gesagt, es lägen keine Unterlagen über die Gespräche zwischen Strauß und Jenninger im Bundeskanzleramt vor. Er sei offenbar über die Angelegenheit nicht vollständig informiert gewesen. Schalck-Golodkowski habe ange-mahnt, die gegebenen Zusagen einzuhalten.
- 245 6. 12. 1984 Protokoll des Leiters des Arbeitsstabs Deutschlandpolitik im Bundeskanzleramt von Richthofen über das Gespräch des Chefs des Bundeskanzleramtes Bundesminister Schäuble mit dem Minister für Auswärtige Angelegenheiten der DDR Fischer 879
Bei seinem Antrittsbesuch in der DDR tauscht Schäuble sich mit Fischer über zentrale innerdeutsche Streitfragen aus. Er empfiehlt der DDR, Reisen ihrer Bürger in die Bundesrepublik Deutschland zu erleichtern, um dadurch den Ausreisedruck zu mildern. Fischer wirft der Bundesregierung revanchistische Tendenzen vor und bezeichnet die Rüstungspolitik des Westens als größte Gefahr für den Frieden. Weitere Gesprächsthemen sind die Schüsse an der Mauer, Jugendaustausch, Umweltschutz- und Verkehrsfragen.
- 246 6. 12. 1984 Protokoll des Leiters des Arbeitsstabs Deutschlandpolitik im Bundeskanzleramt von Richthofen über das Gespräch des Chefs des Bundeskanzleramtes Bundesminister Schäuble mit dem Mitglied des Politbüros des Zentralkomitees der SED Häber 892
Bei seinem ersten Zusammentreffen mit Häber spricht Schäuble vor allem Umweltschutz- und Verkehrsfragen an (Transitautobahn). Häber stellt den Umweltschutz in den größeren Kontext der Gefährdung der Erde durch das atomare und chemische Wettrüsten. Schäuble unterstreicht die Gültigkeit des Grundlagenvertrags, obgleich die deutsche Frage für ihn offen sei. Er weist den Vorwurf des Revanchismus zurück.
- 247 7. 12. 1984 Mitteilung des Bayerischen Ministerpräsidenten Strauß an den Staatssekretär im Ministerium für Außenhandel der DDR Schalck-Golodkowski 900
Strauß informiert Schalck-Golodkowski über ein Gespräch mit Kohl. Dieser habe die Freilassung von Häftlingen aus der DDR noch vor Weihnachten in Aussicht gestellt, ohne daran konkrete Bedingungen zu knüpfen. Sorge bereiteten die Situation in der Prager Botschaft und die Berichterstattung darüber in den Medien. Er hoffe auch hier auf eine Lösung noch vor Weihnachten. Schäuble sei mit positiven Eindrücken aus der DDR zurückgekehrt.
- 248 11. 12. 1984 Vorlage des Leiters des Arbeitsstabs Deutschlandpolitik im Bundeskanzleramt von Richthofen an den Bundeskanzler Kohl 901
Von Richthofen informiert Kohl über das Votum von BMB und AA zum Umgang mit dem Brief der Botschaftsflüchtlinge an Kohl (Nr. 248A). Sie plädierten dafür, ihn durch eine mündliche Erklärung des Botschafters in Prag beantworten zu lassen. Er solle auf die Besuche Rehlingers hinweisen und den Zufluchtsuchenden versichern, dass die Bundesregierung sich weiterhin um eine Lösung der Angelegenheit bemühe.

- | | | | |
|------|--------------|--|-----|
| 248A | 14. 11. 1984 | <p>Anlage</p> <p>Schreiben der Prager Botschaftsflüchtlinge an Kohl: Sie bitten ihn persönlich, sich für ihre Übersiedlung in die Bundesrepublik einzusetzen. Ihre Flucht sei eine Verzweiflungstat gewesen, da sie nicht mehr an die Möglichkeit einer legalen Übersiedlung glaubten. In die Zusagen des „totalitären Regimes“ der DDR hätten sie kein Vertrauen mehr und wollten deshalb nicht in die DDR zurückkehren.</p> | 902 |
| 249 | 12. 12. 1984 | <p>Protokoll des Leiters des Arbeitsstabs Deutschlandpolitik im Bundeskanzleramt von Richthofen über das Gespräch des Chefs des Bundeskanzleramtes Bundesminister Schäuble mit dem Leiter der Ständigen Vertretung der DDR Moldt</p> <p>Moldt überreicht das Kommuniqué des Außenministertreffens der Warschauer Pakt-Staaten zu Abrüstungsfragen und zur Verhinderung der Militarisierung des Weltraums. Schäuble verschiebt die Besprechung von kritischen Punkten in dem Kommuniqué auf einen späteren Zeitpunkt. Beide tauschen ihre bekannten Standpunkte zur Situation in der Prager Botschaft aus.</p> | 903 |
| 250 | 20. 12. 1984 | <p>Vermerk des Leiters des Arbeitsstabs Deutschlandpolitik im Bundeskanzleramt von Richthofen über das Gespräch mit dem Abteilungsleiter BRD im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der DDR Seidel anlässlich eines Mittagessens beim Leiter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland Bräutigam</p> <p>Von Richthofen fasst die Gespräche während eines Mittagessens, zu dem Bräutigam eingeladen hatte, zusammen. Die Teilnehmer hätten über den Stand der deutsch-deutschen Beziehungen und Pläne für die Fortführung von Verhandlungen sowie Ministerbesuche für das Jahr 1985 gesprochen. Die Teilnehmer aus der DDR hätten Kritik an der Haltung der Bundesregierung gegenüber der DDR geäußert und befürchteten „Doppelbödigkeit“.</p> | 907 |